Merseburger Tageblatt

(Kreisblatt)

Unparteiische

Bezugspreis in der Stadt für Abholer montl. 5 M, durch Boten bezogen montl. 5,50 M, durch auswärtige Boten montl. 5,75 M; bei Postbezug montl. 6 M frei Haus. Erscheint wöchentlich nachmittags. Einzelnummer 30 Pf. Postscheck-Konto Leipzig 16 654. Geschäftsstelle Hälterstraße 4. Für unerbetene Zusendungen wird keine Gewähr geleistet.

Anzeigenpreis Der 7gesp. Millim. Satzraum 30 Pfg. und der 3gesp. Millim. Reklameraum Mk. 1,—. Die laufende Monatsquittung wird vom Bezieher auf kleine Anzeigen in Zahlung genommen. Ziffergebühr 50 Pfg., Porto besonders. Norm. Anzeigenschluß 11 Uhr vorm. Fernspr. 100. Erfüllungsort Merseburg. Belegnummer wird berechnet.

Zeitung für Stadt u. Kreis Merseburg

mit Amtlichen Anzeigen der Merseburger Kreisverwaltung und anderer Behörden

Nr. 144. Donnerstag, den 23. Juni 1921. 161. Jahrgang

Tageschronik

Zwischen Höfer und Heneker ist eine Einigung über die Säuberung Oberschlesiens zustande gekommen.

Eine französische Note weist die deutschen Beschwerden über Oberschlesien in der frechsten Weise zurück.

Reichskanzler Dr. Wirth spricht im Reichswirtschaftsrat über seine Steuerpläne.

Das Wachtregiment Berlin wurde auf Befehl der Entente aufgelöst.

Räuberhauptmann Hölz wurde zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Einigung zwischen Höfer und Heneker.

Der neue Säuberungsplan für Oberschlesien.

Eine Zusammenkunft zwischen dem englischen Oberkommandierenden General Heneker und dem Leiter des Selbstschutzes, General Höfer, in Oppeln führte zur Vereinbarung der Räumung Oberschlesiens, und zwar zunächst zu einer bestimmten Linie, auf die sich die Insurgenten zurückziehen sollen. Diese Linie geht zwar nicht so weit in den Industriebezirk hinein, wie vom Zwölferausschuß verlangt war, umfaßt aber noch den Ort Hindenburg. Diese Räumung soll innerhalb 36 Stunden nach erfolgter Annahme der Vereinbarung durch die Interalliierte Kommission erfolgen. Innerhalb 48 Stunden soll andererseits der Selbstschutz über die Grenze Leobschütz und Kronstadt zurückgehen, aber erst dann, wenn er sich davon überzeugt hat, daß die Polen auch wirklich den Rückzug angetreten haben. Innerhalb 7 Tagen sollen die Insurgenten die Grenze des gesamten oberschlesischen Gebietes überschritten haben. Sobald dies erfolgt ist, soll an dem weiteren Abbau des Selbstschutzes herangegangen werden. Der Plan umfaßt die Räumung des gesamten besetzten Gebietes mit Einschluß des Kreises Pleß-Rybnik.

Die nach Oberschlesien entsandten Vertreter der Regierungsparteien erklärten ihre volle Uebereinstimmung mit dem im Einverständnis mit dem 12er-Ausschuß gemachten Räumungsvorschlag des Generals Hofer. Sie erblicken in ihm die beste Garantie zur baldigen und reibungslosen Räumung Oberschlesiens.

Zu der französischen Antwort auf die deutsche Oberschlesier-Note.

Im gestrigen Depescheninteil haben wir bereits den Inhalt der französischen Antwortnote auf die deutsche Beschwerde über die oberschlesischen Zustände im wesentlichen wiedergegeben. Der Wortlaut der Note verstärkt den Eindruck daß Frankreich hier den Höhepunkt der Frechheit und Verlogenheit erreicht hat. Die Alliierten haben eben die Regierungsgewalt und die Macht in Oberschlesien, die deutsche Regierung hat keines von beiden. Die Alliierten tun nichts zur Herstellung ihrer Autorität gegenüber den Polen, die Oberschlesien mit den Waffen an sich gerissen haben, die deutsche Regierung soll alles tun, um die Autorität der Alliierten gegenüber den Deutschen herzustellen. Kann man noch frecher eine berechtigte Beschwerde abweisen, als die französische Note es tut?

Die polnischen Banditen.

An der Stadtgrenze von Gleiwitz wurden von polnischen Insurgenten zwei junge Deutsche ermordet und mit Aexten furchtbar zugerichtet. In Schomberg wurden die deutschen Bewohner mit Gummiknüppeln in furchtbarster Weise gemartert. In Gleiwitz wurden bei der Beerdigung des getöteten polnischen Stadtverordneten Uszcyk sämtliche Stadtverordnete gezwungen, durch eine von den Insurgenten gestellte Ehrenkompagnie in vollster Waffenausrüstung hindurchzumarschieren. Trotz des von den Franzosen erlassenen Verbots, Waffen zu tragen, ließen diese die Verhöhnung des Stadtverordnetenkollegiums ruhig geschehen.

Als kürzlich das Schloß Schembowi von Polen geplündert wurde, befand sich Korfantyzufällig in der Nähe des Schlosses. Er ließ sich von dem geraubten Silberzeug zwei schwere silberne Armleuchter in sein Automobil hineinreichen mit dem Bemerken: „Was wollt ihr denn damit?"

Es muß hervorgehoben werden, daß in Rybnik die schlimmsten Uebeltäter nicht die eigentlichen Polen, sondern

Hölz zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt.

Der Staatsanwalt beantragt Todesstrafe.

Nach zweistündigem Plädoyer beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten Hölz wegen Mordes, Verbrechen gegen das Sprengstoffgesetz, Hochverrats und einer ganzen Reihe anderer Verbrechen und Vergehen die Todesstrafe, lebenslängliches Zuchthaus und dauernden Ehrverlust.

Nach etwa einstündiger Beratung wird folgendes Urteil verkündet:

Der Angeklagte wird wegen Hochverrats in Tateinheit mit Totschlag, versuchten Totschlages, Vergehen gegen das Sprengstoffgesetz, sowie zahlreicher anderer Straftaten zu einer

lebenslänglichen Zuchthausstrafe,

sowie zum dauernden Verluste der bürgerlichen Ehrenrechte verurteilt. Ferner werden ihm die Kosten des Verfahrens auferlegt.

In der Urteilsbegründung

heißt es, daß das Gericht hinsichtlich der auf Mord lautenden Hauptfrage zu der Ueberzeugung gekommen sei, daß Hölz den Gutsbesitzer Heß vorsätzlich und in Gemeinschaft mit anderen, noch nicht ermittelten Tätern getötet habe. Das sei durch verschiedene Zeugenaussagen erwiesen. Dagegen habe das Gericht nach reiflicher Ueberlegung die Frage, ob der Angeklagte mit Ueberlegung gehandelt habe, verneinen müssen. Hinsichtlich der Ueberlegung bestanden so viel Zweifel, daß diese Frage nach dem Grundsatz in dubio pro reo zu Gunsten des Angeklagten entschieden werden müsse.

Vorsitzender: Der Angeklagte ist abzuführen.

Hölz (laut schreiend): Es kommt der Tag der Freiheit und der Rache! Sie sind die Zuhälter der Justiz.

Vorsitzendr: Der Angeklagte ist abzuführen.

Hölz: Ihr könnt das Wort verbieten. Ihr tötet nicht den Geist.

„deutsche" Verräter,

besonders der in Westfalen geborene Redakteur Trunkhardt, der in Berlin geborene Zahnarzt Conrad, ein Sieger Matzner, der frühere Hurrapatriot Rechtsanwalt Ogon sind, Die Bevölkerung hat sich bis jetzt in jeder Hoffnung auf Hilfe getäuscht gesehen. Die Stimmung ist verzweifelt.

Deutscher Protest gegen die Ausschreitungen in Ostrowo.

Der deutsche Botschafter in Paris hat der Botschafterkonferenz eine Note übergeben, die auch den Regierungen in London und Rom mitgeteilt worden ist. Es heißt darin: Am 2. Juni haben im abgetretenen ehemals deutschen Gebiet in Ostrowo schwere Ausschreitungen der polnischen Bevölkerung gegen Deutsche stattgefunden. Die rund 600 000 in Deutschland lebenden Polen können nach wie vor fast uneingeschränkt ihren Geschäften nachgehen und genießen den vollen Schutz der Verfassung und der Gesetze. Dieser Schutz ist den Minoritäten durch den Vertrag von Versailles garantiert worden, fehlt aber in den abgetretenen Gebieten, wie die Vorgänge in Ostrowo beweisen. Die deutsche Regierung ersucht die Botschafterkonferenz, die Aufmerksamkeit der polnischen Regierung auf die unbedingte Notwendigkeit eines vollständigen Schutzes der nationalen und religiösen Minderheiten gemäß dem Friedensvertrage zu lenken.

Das Wachtregiment Berlin aufgelöst.

Die Ententemilitärkontrollkommission hat die Auflösung des sogenannten Wachtregiments verlangt. Die Forderung der Ententekommission ist bereits erfüllt und der Befehl zur Auflösung gegeben worden. Das Wachtregiment Berlin war nicht eine Formation die etwa über die zugelassene Stärke des Heeres hinausging, sondern es war

ein für Berlin besonders geschaffenes Regiment

aus Angehörigen der verschiedenen Landesteile.

General Nollet hat die Ansicht gehabt, daß es sich um eine außerhalb des Heeres stehende Formation handele, er hat sich vom Gegenteil nicht überzeugen lassen, und es ist daher seiner Forderung stattgegeben worden, um auch den Anschein einer Vertragsverletzung zu vermeiden.

Die Regierung Wirth versucht also gar nicht mehr, sich der Entente gegenüber zu rechtfertigen und auf die Zulässigkeit des Tatbestandes hinzuweisen; sie hat sich seit Unterschrift des Ultimatums bereits derart in die Sklavenrolle eingeführt, daß sie bei jeder neuen Forderung furchtsam ins Mauseloch kriecht.

Die Besetzung der Ruhr.

Von Frhr. v. Lersner.

Aus Paris erschallt immer wieder trotz der betrübenden Ultimatumsannahme, trotz Friedensvertrags von Versailles und trotz Friedenszustandes der gebieterische Ruf nach der Besetzung des Ruhrgebiets.

In aller Schärfe muß wieder einmal der ungeheuerliche Rechtsbruch, die einzig dastehende Vergewaltigung allen Rechtes, beleuchtet werden, die ein solcher Vormarsch von Ententetruppen nach Deutschland mitten im Frieden bedeuten würde.

Hierzu muß ich auf die Verhandlungen zurückgehen, die ich vor 18 Monaten als Vorsitzender der Deutschen Friedensdelegation in Versailles mit den Staatsmännern der Entente schriftlich und mündlich geführt habe:

Anfang November 1919 übersandte mir Herr Clemenceau eine Note, in der unsere Unterschrift unter das sogenannte Schlußprotokoll verlangt wurde. Dies Protokoll stellte die Nichterfüllung verschiedener Waffenstillstandsbedingungen durch uns fest — u. a. die Versenkung der deutschen Kriegsflotte in Scapa Flow durch Admiral von Reuter — und legte uns neue, schwere Verpflichtungen und Strafen auf. Die Hauptbestimmung lautete:

„Sofern Deutschland diesen Verpflichtungen . . . nicht nachkommen sollte, behalten sich die Alliierten vor alle militärischen und sonstigen Maßnahmen zu ergreifen, die sie für angezeigt erachten."

Ich habe hiergegen sofort Einspruch erhoben und den Pariser Ententevertretern auf das deutlichste erklärt, daß wir es auf das äußerste ankommen lassen würden, ehe wir den Alliierten das Recht zum Einmarsch in deutsches Gebiet einräumen würden. Das hieße, den Krieg für den Friedenszustand weiter bestehen lassen. Nach Wochen mühsamer, öfters vor dem Abbruch stehender Verhandlungen sahen endlich die gegnerischen Unterhändler die Berechtigung unseres Standpunktes ein.

Am 8. Dezember 1919 ließ mir Herr Clemenceau eine Note zugehen, wonach die Entente anerkannte, daß sich vom Eintritt des Friedenszustandes an die Folgen einer Nichterfüllung vertraglicher Verpflichtungen durch Deutschland nur nach den allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages sowie nach den völkerrechtlichen Verfahrensarten bestimmen sollten.

Um sicher zu gehen, haben wir diese Auffassung in meiner Note vom 15. Dezember 1919 mit folgendem bestätigt:

„Die Deutsche Regierung nimmt davon Kenntnis, daß nach der Absicht des Obersten Rates das in dem Schlußprotokoll vorbehaltene Recht zu militärischen und sonstigen Zwangsmaßregeln nur Geltung haben soll, bis durch die Inkraftsetzung des Vertrages der Friedenszustand hergestellt ist, und daß nach diesem Zeitpunkt die Erfüllung der im Protokoll vorgesehenen Verpflichtungen nur durch die allgemeinen Bestimmungen des Friedensvertrages sowie durch die allgemeinen völkerrechtlichen Verfahrensarten gewährleistet sein wird." bf

Herr Clemenceau antwortete mir hierauf seinerseits mit folgender Note vom 23. Dezember:

„Was die Sicherheitsmittel betrifft, von deren Anwendung die Mächte hoffen absehen zu können, so möchten sie feststellen, daß die Deutsche Regierung hinreichend davon unterrichtet ist, wenn nach der endgültigen Wiederherstellung des Friedenszustandes die Anwendung von Sicherheitsmitteln, wie sie der Krieg mit sich bringt, ihr Ende gefunden hat, andererseits die im Vertrage vorgesehenen besonderen Maßnahmen sowie die vom Völkerrecht anerkannten verschiedenen Verfahrensarten genau Anwendung finden werden."

An keiner Stelle sieht der Friedensvertrag ein Recht vor, aus irgendeinem Grunde in deutsches Gebiet vorzumarschieren. Dies geht ja schon klar aus der Tatsache hervor, daß unsere Gegner uns durch die Unterzeichnung des Schlußprotokolls zwingen wollten, ihnen das Recht zum Einmarsch nach Deutschland zu gewähren. Auch das Völkerrecht kennt natürlich ein Recht zum Einmarsch in das Gebiet eines fremden Staates mitten im Frieden nicht.

Ich habe den gegnerischen Unterhändlern gegenüber dies stets in der allerdeutlichsten Weise betont. Wir waren völlig einig, daß mit dem Inkrafttreten des Friedensvertrages — d. h. mit dem 10. Januar 1920, ein Vormarsch in deutsches Gebiet nur nach vorheriger Kriegserklärung erfolgen könnte.

Die Entente weiß das auch ganz genau. Sie hat daher systematisch auf den Konferenzen in Spa, Paris und London versucht, sich durch die Drohung mit einer Besetzung der Ruhr „gewohnheitsrechtlich" die Möglichkeit eines weite-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210623-12/fragment/page=0001

ren „friedlichen“ Vormarschs nach Deutschland offen zu halten.

Immer wieder müssen wir vor aller Welt betonen, daß ein Vormarsch in deutsches Gebiet den glatten Bruch der Pariser Verhandlungen, den Bruch des Friedensvertrages von Versailles, den Bruch des Völkerrechtes bedeutet.

Unsere Gegner dürfen sich nicht wundern, wenn Deutschland eines Tages aus ihren eigenen Rechtsbrüchen die Folgerungen zieht.

Der neue Raub unseres Luftfahrtmaterials.

Zur Frage des Verbots der Herstellung von Luftfahrtmaterial hat die Botschafterkonferenz folgende Entscheidung getroffen:

Die deutsche Regierung muß in kürzester Frist das gesamte Luftfahrtmaterial, das im Widerspruch mit den Beschlüssen von Boulogne hergestellt worden ist, beschlagnahmen und der Interalliierten Luftfahrtüberwachungskommission ausliefern. Es wird Aufgabe der Kommission sein, dieses Material in zwei Gruppen zu teilen: das als „militärisch“ charakterisierte Gerät wird endgültig den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Belgien überantwortet werden, da Artikel 198 des Friedensvertrages Deutschland die Unterhaltung einer militärischen Luftflotte untersagt. Das als „ziviles“ charakterisierte Gerät wird gleichfalls zu 25 Prozent den alliierten und assoziierten Hauptmächten und Belgien überantwortet. Der Rest wird in deutsches Eigentum zurückfallen, sobald der deutschen Regierung die Ermächtigung erteilt sein wird, den Bau von Luftfahrtgerät wieder aufzunehmen.

Französische Justiz.

Der deutsche Hauptmann Lehmann ist unter der Beschuldigung, die Archive eines Advokaten in Cirey fortgeführt zu haben, vom Kriegsgericht in Nancy zu zehn Jahren Zwangsarbeit, der Leutnant Gueb, der Bettzeug, das einem Lehrer in Beaumont gehörte, weggeführt haben soll, zu einem Jahre Gefängnis verurteilt worden. Die Verurteilung erfolgte in beiden Fällen in Abwesenheit der Angeklagten.

* * *

Wirths Steuerpläne.

Im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates sprach der Reichskanzler über die Frage der Deckung der aus dem Ultimatum erwachsenden Verpflichtungen. Als schwerste Aufgabe der Reichsfinanzverwaltung bezeichnete er die Lösung der Frage, wie neben einer gewaltigen Belastung des Konsums etwa durch einen Ausbau der Umsatzsteuer auch der Besitz in hohem Maße zu den Lasten herangezogen werden kann. Hierfür kommt entweder eine

Umformung des Reichsnotopfers oder ein Ausbau der Reichsvermögenssteuer

in Frage. Ohne schon ein abschließendes Programm für die gesamte Deckung zu geben, schilderte der Reichskanzler die Gesetzentwürfe, die zurzeit in Arbeit und bis zu einem gewissen Abschluß schon gelangt sind.

Genannt wurden die Zuckersteuer, die Einführung des Süßstoffmonopols die Aenderung des Branntweinmonopols, die neue Körperschaftssteuer, die Rennwettsteuer, Leuchtmittelsteuer, Zündwarensteuer, Tabaksteuer, Bier-Steuer und Mineralwassersteuer.

Die Entwürfe sind sämtlich im Kabinett genehmigt. Geplant sind ferner eine Kapitalverkehrssteuer, Versicherungssteuer, Umsatzsteuer und Kraftfahrzeugsteuer, deren Vorarbeiten soweit gediehen sind, daß das Kabinett demnächst darüber beraten kann. Eine Erhöhung der Zölle, insbesondere aus Kaffee, Tee, Kakao und Fertigerzeugnissen, ist vorgesehen. Besprochen wird zurzeit die Frage der Erhöhung der Kohlensteuer, deren wirtschaftliche Folgen eingehend vorher geprüft werden müssen.

Der deutsche Landwirtschaftsrat zu den Steuerplänen der Reichsregierung.

Auf der in Dresden tagenden Hauptversammlung des deutschen Landwirtschaftsrates machte der Präsident des Reichswirtschaftsrates Edler v. Braun bedeutsame Ausführungen zu den Steuerplänen der Reichsregierung. Im Hinblick auf die Erfassung der sogenannten Goldwerte sind Untersuchungen über die Preisverhältnisse auf dem ländlichen Grundstücksmarkt angestellt worden. Nach übereinstimmenden Beobachtungen sind die Preise sehr häufig bedingt durch das Streben städtischen Kapitals, ohne Rücksicht auf die Rentabilität Anlagen im ländlichen Grundbesitz zu suchen. Trotzdem ist der Durchschnitt

nicht über das 4½fache des Friedenspreises

gestiegen, ebenso die Pachtpreise nicht viel über das 6fache. Der wichtigste Maßstab sind die Reinertragsberechnungen. Hier ist die Steigerung noch geringer als bei den Grundstücks- und Pachtpreisen, was bei den gewaltig gewachsenen Produktionskosten nicht wunder nimmt. Es sei höchste Zeit, daß die Landwirtschaft im Interesse der gesamten Volkswirtschaft gegen solche Pläne Front macht, deren bloßes Bekanntwerden diese Unruhe in die schaffenden Stände gebracht hat. Solche Pläne seien ein Verbrechen an der gesamten Bevölkerung.

Bewilligung der Milliardendefizite bei Post und Eisenbahn durch den Reichsrat.

Der Reichsrat erledigte die Nachtragsetats des Postministeriums und der Reichsdruckerei sowie einen Nachtrag zum Eisenbahnetat für 1921. Durch den Nachtragsetat steigt bei der Post der Fehlbetrag im ordentlichen Etat auf 3 198 000 000 Mark. Im ordentlichen Etat des Eisenbahnetats ist ein Zuschuß von über drei Milliarden und im außerordentlichen von 5¾ Milliarden erforderlich, der gesamte Zuschuß beträgt also 9¾ Milliarden. Die Lage des Eisenbahnetats ist also noch beunruhigend genug, zumal Zweifel laut geworden sind, ob der Etat auf der Einnahmeseite halten wird, was er verspricht.

Die Reichsregierung gegen die Erhöhung der Messezuschüsse.

Gegen den Beschluß des Reichsrats, den Beitrag des Reiches für die Mustermessen in Leipzig auf im ganzen 12 Millionen Mark zu erhöhen, mithin eine Nachbewilligung von 7 Millionen Mark für 1921 eintreten zu lassen, wendet sich die Reichsregierung mit der bedeutsamen Begründung, daß die Finanzen des Reiches es nicht zulassen, eine Millionenforderung in den Haushaltsplan einzustellen.

Dr. Zeigner sächsischer Justizminister.

Landgerichtsrat Dr. Zeigner ist zum sächsischen Justizminister ernannt worden. Er tritt sein Amt am 1. August an.

Eine Wandlung der englischen Irenpolitik.

Im englischen Kabinett hat die Partei, die mit den Sinnfeinern um jeden Preis brechen will, gesiegt. Die Regierung teilte im Oberhaus und Unterhaus mit, daß das Kabinett zu dem Entschluß gekommen sei, daß Englands ganze Macht in Irland eingesetzt werden müsse und daß es deshalb möglichst schnell alle verfügbaren Truppen dorthin sende. Das Zugeständnis der finanziellen Autonomie, welches auch die gemäßigte irische Meinung fordert, sei ganz ausgeschlossen. Im Unterhaus berichtete der Kriegsminister, daß bereits eine größere Zahl Bataillone nach Irland abgegangen ist, andere Bataillone werden so bald wie möglich folgen. Alle verfügbaren Truppen werden zur Unterstützung der bereits abgesandten nach Irland verladen werden.

Der Lordkanzler erklärte, die Iren würden auf die Dauer die Wahrnehmung machen, daß, wenn sie fortführen, die Errichtung einer irischen Republik zu fordern, Großbritannien den Kampf mit gleicher Fähigkeit fortsetzen würde, wie es im letzten Kriege geschehen sei. Wenn sich diese Erkenntnis Bahn breche, werde es einen heilsamen Einfluß (!) auf die Lage ausüben.

Amerikanische-irische Zusammenhänge?

Einer von der „Newyork Tribune“ veröffentlichten Meldung zufolge sollen angeblich zwei amerikanische Unterseeboote einen geregelten Passagierdienst zwischen den Vereinigten Staaten und Irland unterhalten.

Zur Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses.

In Washington verlautet, England wolle den Vertrag mit Japan erneuern. Er werde keinerlei gegen Amerika gerichtete Bestimmungen enthalten. Im Falle eines Krieges zwischen Amerika und Japan bleibt England neutral.

Gute Ergebnisse der französischen Anleihe.

Die Zeichnungslisten für die Reichsschatzscheine zu 5 Prozent wurden geschlossen. Nach einer Mitteilung des „Matin“ erklärte der Finanzminister bereits, daß sich das Gesamtergebnis der Zeichnungen voraussichtlich auf etwa 5500 Millionen belaufe.

Aus Stadt und Umgebung

Hausfrauenkalender.

Kakes für Kinder bis zu 14 Jahren und Personen über 60 Jahre. Ausgabestelle: Firma Mohr, Gotthardstraße. zuckerte die Büchse zu 8 M. gezuckerte die Büchse zu 10 50 M. Vorher Gutschein im Rathause 1 Treppe, Zimmer 12/13 abholen.

Ausgabe von Kondensmilch in allen Milchverkaufsstellen und Geschäften an jedermann markenfrei. Ungezuckert.

* * *

Oberschlesierhilfe.

* Die Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier, deren Hauptgeschäftsstelle sich in Breslau befindet, hat eine „Oberschlesierhilfe“ geschaffen, die als Hilfswerk gedacht ist für alle unglücklichen Menschen, die durch die polnischen Greueltaten in wirtschaftliche Not geraten sind. Es handelt sich hier hauptsächlich um das Sammeln und Verteilen von Lebensmitteln. Erfreulicherweise sind aus allen Gegenden des Reiches beachtliche Spenden gegeben worden.

Am Sammelplatz, das sich auf dem Güterbahnhof Breslau-Ost, Direktionslager 3 befindet, sind umfangreiche Mengen von Fleisch- und Gemüsekonserven, Speck und Wurst, Schuhen, Kartoffeln, Bohnen, Erbsen und Eiern eingegangen. Außerdem befinden sich unter den Gaben Sauerkraut, Marmelade, Gurken, Honig, Margarine usw. Die Verwaltung des Sammellagers untersteht einem Beamten der Heimattreuen. Sobald die Lebensmittel das Sammellager in Breslau erreicht haben, werden dieselben von hurtigen Händen in Lebensmittelpakete einsortiert. In jedem Lebensmittelpaket befinden sich u. a 1½ Pfund Erbsen, 1½ Pfund Mehl, 1½ Pfund Reis, 3 Pfund Bohnen, eine Büchse Gemüse- oder Fleischkonserven. Die Verpackung trägt den sinnigen Aufdruck „Gott schütze Oberschlesien“. Der Inhalt ist zweifelsohne nach seiner Zusammensetzung eine gute Ergänzung für den Haushalt der durch den Oberschlesischen Aufstand wirtschaftlich Geschädigten. Nach eingegangenen Berichten in Breslau werden die Spenden auch mit großer Dankbarkeit und strahlender Freude entgegengenommen.

Selbstredend sind bei der Abfertigung der abrollenden Lebensmittel-Waggons die zu überwindenden Schwierigkeiten sehr groß. Trotzdem war es möglich, eine ganze Anzahl von Waggons mit dem Ziel Oppeln, Oberalogau, Krapvitz und Leschnitz in kurzen Abständen nach Oberschlesien abrollen zu lassen. Weitere Sendungen folgen täglich. Sind die Sendungen an ihrem Bestimmungsort eingelaufen, werden sie von Vertrauensleuten der Vereinigten Verbände heimattreuer Oberschlesier im besetzten Gebiet übernommen und verteilt. Als Ort für die erste Verteilung werden z. Z. abwechselnd Oppeln und Oberalogau gewählt. Vor dort aus übernimmt eine über die Verhältnisse genau unterrichtete Verteilungsstelle die Weiterleitung der Lebensmittel und Einzelverteilung an die bedürftigen Ortschaften. Bei der Ausgabe wird der Grundsatz verfolgt, daß in erster Linie die von den Aufständischen befreiten Gegenden bedacht werden. Die Erfahrungen haben bis jetzt gelehrt, daß die Verteilungsart richtig organisiert ist. Aus allen Gebieten des bedrängten Oberschlesiens treten zahlreiche Wünsche an die Vereinigten Verbände heran, doch durch Uebersendung von Lebensmitteln auszuhelfen, was nach Möglichkeit auch geschieht. Es dürfte sich deshalb empfehlen, daß im Reiche weiterhin der Sammlung von Lebensmitteln volle Aufmerksamkeit geschenkt wird. Alle Geber sind des Dankes Tausender armer und bedrängter Menschen sicher!

Johannis.

* Morgen ist Johannistag! Schon hat die Sonne ihren höchsten Standpunkt wiederum erreicht. — die Hälfte des Jahres ist wieder zu Ende! Ehedem war die zweite Sonnenwend- oder Mittsommernacht, des Sommers Mitte, ein Naturereignis, das Anlaß zu hoher Feier gab. Verehrten doch die alten Germanen der Urzeit das Licht und als dessen Anfang und Ende: die goldene Sonne! Jetzt noch heißt der wichtige Tag, der 24. Juli, in Flandern „Sonnentag“, und in England und Schweden „Mitsommerdag“ bei uns zu Lande aber „Johannis“, weil das Christentum das Fest Johannis des Täufers, als „Leuchte der Menschheit“, für den Sonnenwendtag bestimmte. Dadurch verbanden sich altheidnischer Brauch mit christlicher Sitte, um schließlich in eins sich zu verschmelzen, wovon besonders Zeugnis ablegen: Johannisbad und Johannisfeuer! — Ein Bad, in der Johannisnacht genommen, soll — so heißt es — mehr Heilerfolg besitzen als neun gewöhnliche Bäder zusammen. Deshalb geschah es auch in früherer Zeit mit Vorliebe, daß man gerade in dieser Nacht ein Mineral- oder Wasserbad aufsuchte, und noch jetzt meint frommer Aberglaube, daß der erste Eimer Wasser, geschöpft am Abend vor dem Johannisfeste, das Fieber heilt. Ueberhaupt ist kaum ein Tag, eine Nacht im Jahr so überreich an sagenhafter Geisterkraft. Schätze und wundersame Kräuter sprießen und erblühen — sagt man — überall; Träume in der Johannisnacht sollen prophetische Bedeutung in Liebesangelegenheiten haben. Und allerlei Schutz gegen Krankheit wird erwartet von den üblichen Sonnenwendfeuern, die am Johannisabend lodern, während man um die Flammen herumspringt und tanzt oder darüber hinwegspringt. Einst brannten sie in manchen Dörfern acht Tage lang, und hohe Herrschaften verherrlichten sogar früher durch ihre Gegenwart und Teilnahme den Reigen; das Feuer aber zündete zuweilen ein schönes Mädchen an. Eine hochwichtige Rolle spielt auch das „Johannskraut“, das — geflückt in der Sonnenwendnacht — das ganze Jahr das Haus beschützen soll; am allerwichtigsten und wertvollsten aber ist zweifellos die geheimnisvolle Wünschelrute, die man ja oft, ganz abgesehen davon der Schatzgräberei, so nötig brauchen könnte, und die man in der Sonnenwendnacht schneiden muß. Wenn man sich nur nicht dabei — — schneidet!

Die Reichsvereinigung ehem. Kriegsgefangener, Ortsgruppe Merseburg,

veranstaltete gestern einen Abiangontag zum Besten der noch in Frankreich schmachtenden 115 deutschen Brüder in Gestalt eines Wohltätigkeits-Fußballspiels verbunden mit Konzert. Das Spiel wurde von einer Mannschaft ehem. Kr. Gef. und der Liga-Reserve 96 Halle ausgetragen. Trotz des schlechten und kalten Wetters war der Besuch gut. Während der Halbzeit forderten die Kam. Schäfer Vors. des Landesverbandes Thüringen und Kam. Hellwig, Vors. der Ortsgruppe Merseburg, in nachstehendem Aufrufe mit den Versammelten zur Herausgabe der noch in Abiangon schmachtenden deutschen Brüder auf.

Die heute in Merseburg versammelten deutschen Frauen und Männer haben mit tiefer Betrübnis und in gerechter Entrüstung Kenntnis davon genommen, daß die französische Regierung jetzt noch — 2½ Jahre nach Beendigung des Krieges und beinahe 1½ Jahre nach Friedensschluß — 130 deutsche kriegsgefangene Soldaten im Zuchthaus zu Abiangon und den Arbeitslägern von Guers und Aaap zurückhält, die dort die ihnen in der Kriegsgefangenschaft auferlegten jahrelangen Gefängnis- und Zuchthausstrafen abzubüßen haben. Während das deutsche Reich sofort nach dem Waffenstillstand sämtliche in Deutschland befindlichen Kriegsgefangenen der alliierten Mächte in ihre Heimat zurückbefördert hat, auch die wegen gemeiner Verbrechen Bestraften, müssen die Deutschen es dulden, daß 115 ihrer Brüder immer noch in französischer Kriegsgefangenschaft unter schärfster Bewachung von schwarzen Soldaten schmachten. Nach amtlichen Unterlagen wird ausdrücklich festgestellt, daß die Vergehen fast aller Zurückgehaltenen nichts mit ehrenrührigen Verbrechen zu tun haben, sondern meist aus Not oder Nahrungsmangel oder zur Bewerkstelligung der Flucht begangen wurden, und aus dem seelischen Zustand der Kriegsgefangenen zu erklären sind. Die Versammlung fordert die deutsche Regierung auf, trotz aller bisherigen Mißerfolge erneut die Befreiung der deutschen Stammbrüder in Abiangon zu fordern, und in ihren Bemühungen nicht nachzulassen, um der menschenunwürdigen Behandlung von deutschen Soldaten ein Ende zu bereiten. Gleichzeitig weist die Versammlung die gesamte Kulturwelt auf das unerhörte Verhalten der französischen Regierung hin, die weit davon entfernt ist, auch nur den Versuch der ihr früher nachgerühmten Ritterlichkeit zu üben, und fordert alle Freunde menschlicher Gesittung und Kultur auf, auch ihrerseits ihre Stimme gegen das Verhalten Frankreichs zu erheben und an der Befreiung der noch in Sklavenketten gehaltenen kriegsgefangenen deutschen Soldaten mitzuwirken. Unseren Brüdern in Abiangon aber rufen wir zu: Wir gedenken Euer und werden nicht müde werden, für Eure Befreiung zu wirken.

Allen Mitwirkenden sei hierdurch nochmals herzlicher Dank gesagt. Besonderer Dank gebührt der Liga-Reserve 96-Halle, der Musikkapelle des hiesigen Orchestervereins, Leitung Fr. Eschert und dem VfL. die sich zu dieser Veranstaltung in hochherziger Weise zur Verfügung gestellt haben. (Den Bericht über das Spiel finden unsere Leser im Sportteil der heutigen Nummer.)

Die Sommerferien in den einzelnen Provinzen.

* Die Sommerferien fallen in diesem Jahre nach den bis jetzt vorliegenden Mitteilungen in der Provinz Sachsen von Freitag, den 8. Juli, bis Donnerstag, den 9. August, in Halle jedoch vom 15. Juli bis 16. August; in der Provinz Hannover vom Freitag, den 1. Juli, bis Dienstag, den 2. August, in Celle, Klausthal und Göttingen vom 15. Juli bis 16. August; in Hessen-Nassau vom Freitag, den 1. Juli, bis Dienstag, den 2. August, in Marburg vom 15. Juli bis 16. August.

Eine eigene Fürsorgestelle für den Stadtkreis Merseburg.

* Wie der Magistrat bekannt gibt, scheidet vom 1. Juli d. J. die Stadt Merseburg aus dem Bezirk der bisherigen Fürsorgestelle des Landkreises Merseburg aus und bildet eine eigene Fürsorgestelle für den Bereich des hiesigen Stadtkreises. Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte wollen sich von diesem Zeitpunkte an mit ihren Anträgen an unsere Fürsorgestelle, Neues Rathaus, 1. Stock, wenden.

Die Wohnungsamt-Kommission besichtigt in Kürze die Häuser der Stadt.

* Die Kommission des Wohnungsamtes wird in den nächsten Tagen mit der Besichtigung der Häuser beginnen, um festzustellen, von welchen Wohnungen in Anbetracht ihrer Größe und Einwohnerzahl einzelne Räume abgetreten werden können. Zur Erleichterung des Verfahrens ersucht der Magistrat die Inhaber größerer Wohnungen, recht bald dem hiesigen Wohnungsamt (Rathaus) entsprechende Mitteilungen zu machen unter Angabe der Zahl der Räume und ob sie möbliert oder ohne Ausstattung einzelnen Personen oder Familien zur Verfügung gestellt werden.

Vorsicht vor Werbern für die Fremdenlegion

* Trotz der Mahnungen in den Tageszeitungen kommen immer wieder Fälle vor, wo junge Deutsche, meistens im Alter von 18—20 Jahren auf die Lügen der französischen Werber hineinfallen und dann einer Zukunft entgegen gehen, deren Schrecknisse durch Bücher und Schriften ehem. Anschöriger dieser Legion ja hinreichend bekannt sind. Wie uns von amtlicher Seite mitgeteilt wird, lehnt es nach einer Mitteilung des auswärtigen Amtes die französische Regierung seit einiger Zeit grundsätzlich ab, die 18—20jährigen Fremdenlegionäre zu entlassen, wenn sie bei ihrer Verpflichtung den Tatsachen zuwider erklärt haben, bereits 20 Jahre alt zu sein.

Zoologischer Garten Halle.

* Merkwürdige Insektenformen aus Indien, die durch vollkommene Anpassung an ihre Umgebung zu den biologisch interessantesten Tieren gehören, sind augenblicklich im Warmhaus des Nilpferdes im Zool. Garten ausgestellt. In einem kürzlich geschenkten Terrarium suchen viele Besucher zwischen grünenden Zweigen vergeblich nach Tieren, bis endlich ein

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210623-12/fragment/page=0002

kleines Aestchen sich zu bewegen beginnt und als — Stabheuschrecke erkannt wird. — Noch viel schwerer läßt sich zwischen den Eichblättern des anderen nebenstehenden Behälters das wandelnde Blatt herausfinden. Seinen Namen verdient diese Heuschreckenart mit Recht, denn durch seine Größe, flache Formen — selbst die Beine ähnen wie Blattrippchen aus — und grüne Farbe ahmt es vollständig genau, sogar bis auf die Aederung sein Vorbild nach.

Einziehung der Edeka-Notgeld-Scheine.

* Aus dem Kunterbunt unseres hiesigen Papiergeldmarktes verschwindet auch das Edekageld. Wie der Einkaufsverein der Kolonialwarenhändler im Anzeigenteil der gestrigen Zeitung bekanntgibt, müssen die Edeka-Notgeld-Scheine bis zum 30. Juni 1921 eingelöst sein. Die Annahme findet in sämtlichen Edeka-Geschäften statt.

Der Reichsbund höherer Beamter.

* Der in den letzten Tagen anläßlich der Verhandlungen der Beamtenorganisationen und Gewerkschaften mit dem 23. Ausschuß des Reichstages in der Tagespresse mehrfach genannte Bund höherer Beamten änderte seinen Namen entsprechend seiner Zusammensetzung in „Reichsbund höherer Beamter" um (R. h. B.) Er umfaßt 60 000 Mitglieder durch die Berufsvereine der höheren Beamten Preußens und des Reiches, sowie durch die meisten Landesverbände der höheren Beamten. Seine Geschäftsstelle befindet sich wie bisher in Steglitz, Grillparzerstraße 15.

Die Gefängnisgesellschaft für die Provinz Sachsen und Anhalt

hielt ihre 37. Jahresversammlung in Halle ab. Der Vorsitzende, Geheimrat D. v. Dobschütz-Halle, begrüßte die große Versammlung. Der Geschäftsführer P. Haag erstattete den Jahresbericht. In der Schreibstube wurden im vergangenen Jahr 92 Personen beschäftigt. Auf ein Gesuch der Gesellschaft an den Justizminister um Zahlung der Reisekosten an die Gefangenen, die aus Verwaltungsgründen beurlaubt werden, ist sofort ein dahingehender Erlaß erfolgt. Durch die Verfügung des Justizministers vom 19. Oktober 1920 über bedingte Strafaussetzung werden die Gefängnisvereine vor ganz neue Aufgaben gestellt. Ueber diesen letzten Punkt hielt Professor Dr. Finger-Halle einen Vortrag: „Die Strafe kann unter bestimmten Voraussetzungen durch den Richter ausgesetzt werden mit dem Ziel, daß der Bestrafte sich durch gute Führung den Erlaß der Strafe verdiene. Er hat dann eine Bewährungsfrist von 2—3 Jahren. Führt er sich in dieser Zeit gut, wird die Strafe erlassen. In besonderen Fällen kann der Richter auch Stellung des Bestraften unter Schutzaufsicht anordnen. Da ergibt sich die Frage: An welche Stelle sollen sich die Gerichte wenden, unbie Persönlichkeiten zu erhalten, die die Schutzaufsicht ausüben können? Können die Gefängnisvereine diese Persönlichkeit enbestellen?" Ueber diese Frage fand eine eingehende Aussprache statt, an der sich die Oberstaatsanwälte Rosmus-Magdeburg, Mosler-Halle, Strafanstaltsdirektor Ellaer-Halle, Geh. Rat Else-Halle, Erz. v. Hegel usw. beteiligten. Die Versammlung beschloß, daß die Gefängnisvereine in diese wichtige Arbeit eintreten und dazu auch die Frauenvereine zur Mitarbeit heranziehen sollten. Es muß diese Schutzaufsicht von Männern und Frauen ausgeübt werden, die ein warmes Herz und zugleich pädagogische Fähigkeiten besitzen, die den Bestraften durch Rat und Tat vor einem Rückfall bewahren. Ferner wurde über die Ausgestaltung der Gefängnisfeelsorge verhandelt. Der bisherige Geschäftsführer der Gefängnisgesellschaft ist zum 1. Juli als Superintendent nach Zeitz berufen. Als neuer Geschäftsführer wurde W. Jacobi-Halle gewählt.

Der Postfrachtstückverkehr nach Brunnen.

* Pakete im Gewicht von über 5 bis 20 Kilogr. ist wegen dort eingetretener Zollschwierigkeiten bis auf weiteres eingestellt worden. Postpakete — Pakete im Gewicht bis 5 Kilogr., die den Bestimmungen des internationalen Postpaketvertrages entsprechen — werden dagegen nach wie vor nach Brasilien angenommen.

Das Heufieber

ist eine Ansteckungskrankheit, die manche Personen infolge von Einatmung der Dünste des trockenden Heues befällt. Sie tritt als eine Art von Schnupfen auf mit heftigem Niesen, Tränen der Augen und trockenem Husten, während die Fiebererscheinungen nur gering sind. Die Krankheitserreger sind die Pollen gewisser Gramineen. Mit [illegible]ische Untersuchungen von Prof. Dr. Dunbar haben erwiesen, daß jene Pollenkörner mit stabförmigen Körperchen angefüllt sind, die ein das Heufieber verursachendes Gift enthalten. Dunbar hat es durch Behandlung mit physiologischer Kochsalzlösung und Fällung durch Alkohol isoliert und ihm den Namen Pollenotorin gegeben. Es wirkt als solches nicht nur auf die Schleimhäute, sondern, in Serum gelöst, auch nach Einspritzung geringer Mengen unter die Haut. Bei weiteren Versuchen hat dieses Serum sich als Heilmittel dem spezifischen Heufieber gegenüber wirksam erwiesen. Bisher pflegten die Aerzte nach dem Vorgange von H. v. Helmholtz das Heufieber durch Einspritzungen von Chininlösungen in die Nase zu bekämpfen.

Junges Gemüse.

* Nun ist die Zeit da, wo die Hausfrau mit andachtsvoller Ergebung von den frischen Erbsen, Mohrrüben usw. spricht, die eine Herde ihres Tisches bilden und der Zeit ein Ende machen, in der man nicht wußte, was man kochen sollte. Und das junge Gemüse, selbstverständlich das aus dem Garten hat seine Freunde auch unter den Männern, der Gaumen beider Geschlechter hat in dieser Richtung dieselbe Position. Freilich zum Sattwerden gehört ein ziemlicher Griff ins Portemonnaie.

Postfrachtstücke bis 20 Kilogramm.

* Demnächst werden von den Postanstalten wieder gewöhnliche Postfrachtstücke bis 20 Kg. und solche mit Wertangabe nach Angola, Belgisch-Kongo, Dahomey, Elfenbeinküste, Französisch-Aequatorial-Afrika, Französisch-Guinea, Gambia, Goldküste, Kamerun, Liberia, Mosambik, Nigeria, Portugiesisch-Guinea, St. Thomas und Principe, Senegal, Sierra Leone, Spanische Niederlassungen im Busen von Guinea und Togo angenommen. Die Beförderung dieser Postfrachtstücke erfolgt ab Hamburg mit deutschen Schiffen. Das Nähere ist bei den Postanstalten zu erfahren.

* * *

Versammlungen, Veranstaltungen usw. in Merseburg

Eine Deutschnationale Sonnenwendfeier findet auf dem hohen Petersberge bei Halle am Sonntag, den 3. Juli statt. Anmeldungen nimmt die Deutschnationale Volkspartei in Merseburg, Hälterstraße 29, entgegen.

Zur Sonnenwendfeier des Deutschnationalen Jugendbundes in Halle ist auch die Merseburger Ortsgruppe eingeladen. Alle Mitglieder, die sich an der Feier beteiligen wollen, mögen sich morgen (Freitag) abend um ½8 Uhr im „Herzog Christian" einfinden, wo ihnen der 2. Vorsitzende nähere Mitteilungen machen wird.

Letzte Depeschen

Einzelheiten über Wirths Steuerpläne.

Berlin, 23. Juni. Aus den Ausführungen, die der Reichskanzler gestern im Reparationsausschuß des Reichswirtschaftsrates machte, teilt „Der Deutsche" noch einige Einzelheiten mit, die in dem offiziellen Bericht nicht erwähnt sind. Der Kanzler erwähnte danach u. a., daß die Leuchtmittelsteuer und ebenso die Biersteuer vierfach, die Mineralwassersteuer verdoppelt werden soll. Beim Tabak werde der Wegfall der bisher vorgenommenen Ermäßigung wahrscheinlich 500 Millionen Mark mehr erbringen. Die Kapitalverkehrssteuer werde auf 370 Millionen veranschlagt, die Umsatzsteuer werde wahrscheinlich auf 2½ Prozent bis 3 Prozent hinaufgesetzt werden. In Vorbereitung sei auch eine Versicherungssteuer, die 130 Millionen erbringen soll, während von der Erhöhung einzelner Zölle, zum Beispiel auf Kakao, Tee, Kertigerzeugnisse usw. 800 Millionen Mark erwartet werden. Die Ergebnisse der neu geplanten indirekten Abgaben und der beabsichtigten Erhöhung bereits bestehender Reichsabgaben schätzt der Reichskanzler auf rund 20 Milliarden Papiermark. Die Reichsregierung scheint die Forderung zu vertreten, daß unter allen Umständen noch vor den Sommerferien eine Stellungnahme über die allgemeinen Richtlinien des neuen Steuerprogramms und über den Steuerrahmen unter den Parteien herbeigeführt werden müsse. Darüber finden gegenwärtig zwischen den Kabinetten und den Regierungsparteien Besprechungen statt. Ein Vorschlag geht dahin, den Reichstag aus seiner Mitte eine Steuerkommission wählen zu lassen, die während der Ferien die Einzelentwürfe durchberaten soll, damit im Herbst sämtliche Entwürfe sofort den gesetzgebenden Körperschaften vorgelegt werden können.

Das bolschewistische Gespenst in Oberschlesien.

Vor einer neuen Katastrophe.

Breslau, 23. Juni. Wenn die Entente nicht endlich ernst macht, so ist zu befürchten, daß Oberschlesien vollkommen in die Hände der Bolschewisten kommt. Nach zuverlässigen Mitteilungen nehmen die Polen neue Umformierungen und Umgruppierungen vor. Der Zustrom von Haller-Soldaten, die die Insurgenten ersetzen sollen, wächst ständig. Diese Vorbereitungen lassen auf neue Angriffsabsichten der Polen schließen und stehen mit dem angeblichen Rückzug der Insurgenten und Aufgabe der Kämpfe im schärfsten Widerspruch.

Im Kreise Rybnik werden von den Insurgenten Schützengräben ausgehoben, zu deren Ausschachtungsarbeiten insbesondere Deutsche herangezogen werden.

Ein englisches Zeugnis über die deutsche Kolonialverwaltung.

London, 23. Juni. Churchill sagte in der gestrigen Sitzung der Reichskonferenz, die englische Verwaltung des unter englische Aufsicht gestellten Gebietes von Tanganjika mache alle Anstrengungen, um auf gleicher Höhe mit der früheren deutschen zu bleiben, doch werde man erhöhte Kredite bewilligen müssen, damit dem Lande, die gleiche Wohlfahrt gegeben werde wie unter der deutschen Verwaltung.

Die englische Arbeiterpartei lehnt den Kommunismus ab.

London, 23. Juni. (Eig. Drahtbericht.) Die Arbeiterpartei hat auf ihrer Konferenz in Brighton den Anschluß der Kommunisten an die Arbeiterpartei abgelehnt.

Die Flottenrüstungsfrage.

London, 23. Juni. Der japanische Botschafter erklärte, es sei sicher, daß seine Regierung bereit sei, mit England, Frankreich und den Vereinigten Staaten über die Frage des Kriegsschiffbaues zu beraten, um zu einer Einigung zu gelangen, durch die die furchtbare Last der Rüstungen erleichtert werden würde.

Washington, 23. Juni. Die Parlamentsvertreter haben eine Erhöhung des Marinebudgets um 98 Millionen abgelehnt und nur 8 Millionen Erhöhung zugebilligt.

Admiral Sims wieder in Amerika.

Paris, 23. Juni. Admiral Sims, der in England eine aufsehenerregende Rede über die amerikanischen Freunde der Sinnfeiner gehalten hatte, ist in Newyork eingetroffen.

Aus Kreis und Nachbarkreisen

Schrecklicher Unglücksfall.

** **Halle, 23. Juni. In der Halleschen Maschinenfabrik ereignete sich ein schwerer Unglücksfall. Die Schlosser Hecht und Rost waren mit der Bearbeitung eines Kolbens beschäftigt. Kaum hatten sie den Kolben dem Feuer entnommen, als dieser plötzlich mit gewaltigem Krach auseinandersprang. Hecht wurde im Gesicht so schwer verletzt, daß er beide Augen verlor. Rost verlor ein Auge, während ein anderer Arbeiter mit leichten Verletzungen davonkam.**

Gegen die wirtschaftliche Vormachtstellung Leipzigs in Mitteldeutschland.

** **Naumburg, 23. Juni. Die Bestrebungen Leipzigs, im mitteldeutschen Wirtschafts- und Verkehrsleben eine dominierende Stelle einzunehmen, gaben den Anlaß zu einer Versammlung, die Mittwoch nachmittag hier stattfand. An dieser Sitzung nahmen Vertreter der Städte, Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern sowie verschiedener wirtschaftlicher Verbände der Provinz Sachsen teil. Das Ergebnis der Verhandlungen kam in einer Entschließung zum Ausdruck, in der es u. a. folgendermaßen heißt: „Die in Naumburg tagende zahlreich besuchte Versammlung der Vertreter von Städten, Handels-, Handwerks- und Landwirtschaftskammern und wirtschaftlicher Verbände der Provinz Sachsen, Thüringens und Anhalts spricht sich entschieden dagegen aus, daß bei der Bildung von Bezirkseisenbahnräten einerseits wirtschaftlich nicht zusammengehörige Gebiete zusammengelegt, andererseits Gebiete, die im Laufe von mehr als einem Jahrhundert eine wirtschaftliche Einheit geworden sind, auseinandergerissen werden sollen. Die Versammlung spricht sich in erster Linie für den Fortbestand der Bezirkseisenbahnräte Erfurt, Halle und Magdeburg unter Einbeziehung von Arbeitervertretern aus. Sollte gleichwohl eine Vergrößerung der Bezirke unvermeidlich sein, so kommt nach Ansicht der Versammlung nur eine Vereinigung der Eisenbahnräte von Erfurt, Halle und Magdeburg in Frage. Die Verkehrsinteressen der Grenzgebiete müssen dabei in der Weise gewahrt werden, daß sie auch Vertreter in die benachbarten Bezirkseisenbahnräte entsenden dürfen." — Eine Deputation, welche bereits in den nächsten Tagen in Berlin vorstellig werden soll, wurde gewählt.**

Aus Provinz und Reich

Kleine Tagesnachrichten.

Der Voranschlag des städtischen Haushaltsplanes der Stadt Eisenach rechnet mit einem Fehlbetrag von 6 Millionen Mark. Der Gemeinderat beschloß die Einführung einer Grundsteuer für bebaute und unbebaute Grundstücke im Bereich der Stadt. — Aus dem Schloß Augustenaue bei Eisenach, das dem Landgrafen Ludwig von Hessen gehört, wurden 130 Silbergegenstände gestohlen, deren Wert sich auf 30 000 M. belauft. — Der Personenzug Berlin—Magdeburg fuhr in der Nähe der Stadt Bura in eine Schafherde, die sich durch die Schranke gedrängt hatte. Zehn Schafe wurden totgefahren. — Die Privatmann Gottlieb Reiher in Lebau (Sachsen) konnte mit seiner Ehefrau bei beneidenswerter Frische die diamantene Hochzeit feiern. — In Leipzig wurde vor einigen Tagen auf freiem Felde ein schweres Sittlichkeitsverbrechen von einem unbekannten 24 Jahre alten Mann an einem 14jährigen Schulmädchen verübt. — Einen nicht alltäglichen Fund machte ein Fabrikarbeiter in Wasenberg, der beim Umgraben eines Grundstücks einen Kasten voll von Gold- und Silbermünzen fand, der die Aufschrift 1917 trug. — Der Kommerzienrat Dr. Hans Neubach, Generaldirektor der Porzellanfabrik Kloster Weilsdorf, Aktien-Gesellschaft in Kloster Weilsdorf, ist plötzlich gestorben. Der Verstorbene war Vorsitzender der Handels- u. Gewerbekammer in Hildburghausen. — In Wörbzia wurde einem Milchfischer ein Koffer, der Wäsche und Kleidungsstücke im Werte von 25 000 M. enthielt, gestohlen. — In Sangerhausen trank ein 1½jähriges Kind aus einem Topf, der aufgelösten Seifenstein enthielt und den die Hausfrau zum Scheuern des Tisches benutzt hatte, und erlag der durch die Lösung herbeigeführten Vergiftung. — Aus der Mühle in Zwickhorn wurden ein Damenfahrrad mit Pumpe, 1½ Zentner Weizenmehl, 8—10 Pfund Butter und ein Schock Käse gestohlen. Die Beute wurde anscheinend mit einem Geschirr weggefahren. — In Wichmar bei Camburg zogen Landarbeiter die Leiche eines neugeborenen Mädchens aus der Saale, die nach der Leichenhalle gebracht wurde. — In Stadtfurt wird Leibwäsche, die von Schülerinnen der höheren Mädchenschulen angefertigt worden ist, unentgeltlich an bedürftige Schulkinder abgegeben. Das Beispiel Stadtfurts ist nachahmenswert. — Dem Gemeindevorstande Oberstedt ist die Erlaubnis zu einer Hausformsammlung in der Gemeinde Oberstedt zur Beschaffung von Mitteln für die Errichtung eines Denkmals zu Ehren der im Weltkriege gefallenen Gemeindeangehörigen in der Zeit vom 1. Juli bis 30. September erteilt worden. — Wegen Blutschande wurde der Arbeiter Richard Schöffer nicht zu einem Jahre Zuchthaus verurteilt.

* * *

Der Brennerbahnhof abgebrannt.

† Wien, 23. Juni. Wie aus Wien gemeldet wird, ist am 19. d. M. der neue Bahnhof am Brenner abgebrannt, ebenso die Lampisterie mit großen Mengen Petroleum. Die Tiroler Feuerwehr, die aus Gries zuerst zur Rettung eintraf, durfte die Grenze nicht überschreiten.

Ungefähr 225 000 Personen haben die Leipziger Ausstellung besucht

† Leipzig, 22. Juni. Die 28. Wanderausstellung der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft, die gestern geschlossen wurde, ist von rund 225 000 Personen besucht worden aus fast allen Gauen Deutschlands. Auch das Ausland stellte eine beachtenswerte Anzahl von Vertretern. Die Umsätze, die die Aussteller erzielten, entsprechen durchaus den Erwartungen.

Aufhebung einer Geldschendruckerei.

† Magdeburg, 23. Juni. Der Photograph Otto Dunkell, der Schneidermeister Vollmann, der Dreher Richard Trippler, der Handelsmann Karl Göllner und der Buchbinder Max Rabuske hatten sich zusammengefunden, um falsche 50-M-Scheine herzustellen. Alle Beteiligten wurden festgenommen. Presse, Platten und eine Anzahl fertiger Scheine wurden beschlagnahmt.

500 000 M-Spende für die Universität Jena.

† Jena, 22. Juni. Von der Carl Zeiß-Stiftung sind der Gesellschaft der Freunde der Universität Jena, die erst neugegründet worden ist, 500 000 M überwiesen worden.

Aus Oberschlesien zurück.

† Köthen, 22. Juni. Von den Studierenden des Friedrich-Polytechnikums, die in Stärke von etwa 200 Mann sich für den Kampf gegen die Banden Korfantys zur Verfügung gestellt, sind verschiedene bereits zurückgekehrt. Ihre Berichte sind gedrückt trostlos; sie stimmen überein in der Beurteilung der Unterstützung, die der Aufstand besonders von französischer Seite erfährt, und in der Verehrung für den General Höfer, der unsere „Köthener Kompagnie" wegen ihrer tadellosen Haltung bei Erstürmung des Annaberges ganz besonders gelobt hat. Sobald die Studenten sämtlich zurückgekehrt sind, soll allen tapferen Kommilitonen ein feierlicher Empfang bereitet werden.

Großer Uhrenfund.

† Apenrade, 23. Juni. Nach einer Meldung aus Apenrade wurden im Walde von Düdensgaard durch die Familie des Schmieds Otto Francke-Lensnack bei dem Bemühen, ihren im Sande festgefahrenen Holzwagen wieder flottzubekommen, im Wurzelwerk eines gefällten Baumes in der Erde versteckt 49 goldene und silberne Herren- und Damenuhren gefunden. Es ist dies sicher eine vergrabene Diebesbeute.

Schwerer Berufsunfall einer Telephonistin.

† Schwedt (Oder), 23. Juni. Die Telephonistin Stahr in Schwedt wurde bei einem Gewitter am Fernsprecher durch Blitzschlag rechtsseitig gelähmt.

Der Oberbürgermeister als Schützenkönig.

† Eisenach, 23. Juni. Der Oberbürgermeister Dr. Janson erzielte beim Eisenacher Schützenfest den besten Schuß auf der 300-Meter-Scheibe und wurde zum Schützenkönig ausgerufen.

Gesundheitsgefährlicher Bolschewistenschnaps.

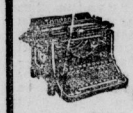
† Wolfenbüttel, 21. Juni. Schwere Körperschädigungen und Erkrankungen wurden in letzter Zeit hier bei mehreren Personen infolge des Genusses von sogen. „Bolschewistenschnaps" festgestellt. Einige Personen mußten das Krankenhaus aufsuchen. Die Polizei ist durch diese Vorfälle mit der Ermittlung der Schankstellen und Herstellungswerkstätten beschäftigt gewesen und hat eine große Anzahl Personen ermittelt, die in unverantwortlicher Weise diesen Schnaps herstellen und feilhalten.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210623-12/fragment/page=0003

Ernst Ruffes Gotthardtstr. 16. gegründ. 1871.

Tuchhandlung. Herren-Schneiderei.

Münchener Lodenmäntel Mk. 275.— Mk. 310.— Mk. 480.—
Continental Gummimäntel Mk. 480.— Mk. 550.—
Lodenjoppen Mk. 160.— Mk. 240.—
Sommerpaletots aus Covercoat Mk. 75.— Mk. 875.—
— — Sportanzüge — —



Torpedo modernste **Schreibmaschine**
Vertretung **Gustav Engel Söhne, Merseburg** Tel. 203.
Neu eingeführt: Schreibmaschinen-Unterricht zu mäßig. Preisen. Anfang jederzeit

Fabrik in Hessen beabsichtigt
Fabrikniederlage in
Futterkalk
und pharm. Präparaten zu errichten und erbittet Zuschriften von Firmen oder Herren, die etwas Lagerraum haben und auf eigene Rechnung arbeiten, unter Nr. 145/21 an die Expedition d. Blattes.

Unterwäsche
in Macco — Baumwolle — Netzfilet
für
Herren Sommer-Hemden, -Jacken, -Hosen — — — — — — —
Damen Sommer-Jacken, -Korsettschoner, -Reformbeinkleider
Kinder Sommer-Unteranzüge mit 1/2 und 1/1 Aermel, in Macco und weiss, für alle Grössen lagernd — — —
Mädchen Sommer-Reform-Beinkleider in marine — — —
Kindersöckchen mit Wollrand
in sehr reicher Auswahl — gute Qualitäten

Markt 19 Mitgl. Rab.-Spar-Verein
G. Hoffmann
Inh.: Bernh. Taitza
Gegr. 1846 Telephon 484

Stadttheater Halle.
Freitag abends 7 Uhr: **Lohengrin.**
Sonnabend, abds. 7½ Uhr: **Wenn Liebe erwacht.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: [Volksvorstellung.] **Othello.**
Sonntag, abends 7½ Uhr **Rosenkavalier.**

Wand-Sommerfahrplan 1921
Fernsprech-Teilnehmer-Verzeichnis
neben den Apparat aufzuhängen
erhältlich in der
Geschäftsstelle des Merseburger Tageblattes.

Seifen billiger!

Die größte Auswahl in
Kernseifen
findet man im
Seifen-Spezial-Geschäft
von
Franz Schneider, Merseburg
Roßmarkt 2. Roßmarkt 2.
Beachten Sie meine Preise, Gewicht und Qualität.

Kammer-Lichtspiele — **Modernes Theater**
Vereinigte Theater
Telephon 529 Kleine Ritterstraße 3 — Telephon 529 Große Ritterstraße 1

Große Doppelprogramme von Freitag bis Montag

Das wandernde Bild! oder: **D. Madonna im Schnee**
Gewaltiges Film-Drama in 5 Akten von Thea v. Harbou und Fritz Lang. In der Hauptrolle Mia May die Hauptdarstellerin aus der »Herrin der Welt«

George Rully!!
Der erste Stuart-Webbs Kolossal-Detektiv-Film in 6 Akten. Hauptrolle: Stella Harf, Stuart Webbs — Ernst Reicher,

Seelen im Sturm.
Ergreifendes Lebensbild in 6 Akten mit der bedeutenden u. bildschönen Künstlerin Esther Carena.

Bis früh um fünfe!
Tolles mit allem Humor gewürztes Lustspiel in 3 Akten mit Erra Bognar in der Hauptrolle und Emil Sondermann.

Anfang 5 Uhr Sonntag 3 Uhr. Sonntag ab 3 Uhr in den Kammerlichtspielen: **gr. Jugend-Vorstellung.**

: Fahrräder :
in jeder Preislage. Reparaturen Bereifung

billigst bei
R. Gärtner, N. Altenburg 4

Junges Mädchen
zur Hilfe im Laden und Lager zum 1. Juli gesucht.
Otto Bretschneider
Eisenwaren, Haus- und Küchengeräte-Handlung.

Möbl. Zimmer zum 1. Juli von besserem Herrn gesucht. Offert. unt. **D. H. 17** an die Expedition d. Blattes.

Zwei leere oder
möbliertes Zimmer
in Merseburg oder Umgeg. werden per sofort od. 1. August von anständig. jungen Leuten gesucht. Gefl. Offert. unter „127 21" an die Exp. d. Bl. erb.

Schutzpolizei-Offiz. sucht
1 od. 2 möbl. Zimmer
Offert. unter **123/21** an die Exp. d. Bl.

2 möbl. Zimmer
mögl. mit Küche, werden sofort von jungem Ehepaar zu mieten gesucht. Offert an die Geschäftsst. unter **A. B. 90.**

Möbl. Zimmer von jung. Pol.-Beamten, sofort gesucht. Offert. unt. **Z. Z. 100** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Kinderloses Ehepaar (Schutzpolizeioffizier) sucht möbliertes
Wohn- u. Schlafzimmer
bezw. zusammen, möglichst mit Küchenbenutzg. ab sof. Off. unt. 124/21 an d. Exp.

Diejenige Dame
im schwarzen Kleid mit weißem Matrosenkragen, welche am Dienstag, den 21.6. 21 zu dem Zuge 5/6 Uhr nach Thüringen am Bahnhof stand und mir bei der Abfahrt des Zuges zuwinkte, wird um Angabe ihrer werten Adresse unter **M. M. 25 Merseburg-Postlagernd** gebeten

Junge Dame, 19 Jahre alt wünscht Herrenbekanntschaft zwecks Heirat. Off. unter **H. Sch. 93** an die Exped. d. Bl.

Pfaff-Nähmaschine
mustergültiges Deutsches Fabrikat v. hoh. Vollendg.
Vor- und rückwärts nähend Sticken — Stopfen.
Beste Nähmaschine für Haushalt und Gewerbe.
Erleichterte Zahlungsbedingungen
Gustav Engel Söhne Tel. 203

Institut Boltz Jlmenau Thür. Einj.-Abitur.

Schäferhund
„Arco"
Steuernummer 742 und
Jung. Terrier
Kennzeichen: Rechtes schwarz. Ohr, links schwarzes Auge.
Halsband mit drei kleinen Glöckchen, entlaufen.
Abzugeben gegen Belohnung
v. Lagerström, Halleschestraße 4.

Naumann
Fahrräder und Nähmaschinen
in großer Auswahl.
Herm. Baar
Markt.

Zentrifugen
alle Größen für Hand- und Kraftbetrieb geben ab
Drescher & Co., G. m. b. H.
Halle a. S., Landwehrstraße 2. Tel. 6430.

Porzellan
Kristall Steingut
Metall- u. Marmorwaren für Bedarf für Luxus
Brautausstattungen
„Weck" Einkochapparate - Gläser Grosse Auswahl. Erste Fabrikate.
Louis **Böker** Tel. 6688 **Halle S.,** Leipzigerstr. 7
Spezialgeschäft.

Eilen Sie!
Nur kurze Zeit!
Hingerichtet
sind alle Augen
auf den staunend billigen Verkauf von
Anzug- u. Kostümstoffen
Prima Qualität! Neueste Muster!
pro Anzug von 120 Mk. an.
Der Verkauf findet täglich von vorm. 9—7 Uhr abends
Gotthardtstr. 38 (Hotel Halber Mond)
statt.
Der weiteste Weg lohnt, denn Sie sparen Geld!
Günstigste Einkaufsquellen für Schneidermeister und Wiederverkäufer.
Leo Weßner.
Eilen Sie!

Heute, Freitag:

Schlachtefest.
Rich. Tepper, Neumarkt 45

Ab Freitag abend ff. hausschlacht.

Wurst
Schweinefleisch 16 M.
Rindfleisch ... 10 M.
Nulandtstraße 8.

Täglich frische Erdbeeren, Kirschen u. and. sonstige Lebensmittel. **Skuppin,** Breitestraße 7, Hinterhaus. Stand am Nulandtplatz. [Thüringer Hof gegenüber.]

Zu verkaufen:
1 Vogelbauer mit Ständer (Nußbaum) und 1 Hebebaum, geeignet für Transport. Zu besichtigen ab 5 Uhr nachm.
Merseburg Nr. 17, 1 Tr.

Bei Kopfschmerzen
helfen prompt Dr. Bufebs Kopfschmerzstiller. Zu haben bei: Kurt Atzel, Adler-Drog.

Vogelbauer
zu kaufen gesucht. Offert. unt. Nr. 333 an die Exp.

Oberbeamter der Schutzpolizei sucht für sofort
1 möbliert. Zimmer
möglichst mit Mittagstisch. Gefl. Offert. unt. **125/21** an die Geschäftsstelle d. Bl.

Aderverkalkung Dr. Weise's gittrieren Hauskuren Herabeschwerden, Schwindelanfälle. Verlangen Sie Gratisbroschüre über Sanitäts-Rat DR. GEBPHARD & CIE., BERLIN W35, Potsdamer Strasse 104 a.

Schreibmaschine zu kaufen gesucht. Offerten unt. **E J. 11** an die Exped. d. Bl.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210623-12/fragment/page=0004

Beilage zu Nr. 144 des Merseburger Tageblattes

Donnerstag, den 23. Juni 1921

Der Fall Erzberger.

Am 29. Juni wird der Reichsausschuß der Zentrumspartei sich wieder einmal mit dem Fall Erzberger beschäftigen. Wie wir hören handelt es sich um eine Reihe von Tatbeständen, die weit unter den Begriff Parteidisziplin fallen. Man weiß, daß Erzberger seiner Haft gegen den Willen des Reichsausschusses von seinen Wählern wieder aufgestellt wurde. Die Parteileitung nahm dazu Stellung, indem sie Erzberger zur politischen Zurückhaltung zwang. Er solle auf die parlamentarische Betätigung faktisch verzichten. Damals schwebte noch das Gerichtsverfahren aus dem Prozeß Helfferich. Inzwischen hat sich der Reichsausschuß nicht mehr an den Fall Erzberger gewagt, auch dann nicht, als das Reichsgericht das Urteil von Moabit vom 12. März 1920 bestätigte. Man kann annehmen, daß man auch jetzt nicht auf diese sehr unangenehme Angelegenheit zurückgekommen wäre, wenn nicht Erzberger im Ueberschwank seines Machtgefühles auch vor den tollsten Uebergriffen nicht zurückgeschreckt wäre. Erzberger hat das Kabinett Fehrenbach und die Persönlichkeit des aus dem Zentrum kommenden Reichskanzlers Fehrenbach in der maßlosesten Weise angegriffen. In der Badischen Heimat Fehrenbachs hat er öffentlich erklärt, Fehrenbach gehöre vor ein Staatsgericht. In ähnlicher Weise hat er den Arbeitsminister Brauns angehöhelt und ihn als amerikanischen Agent bezeichnet. Gleichzeitig hat er in systematischen Vertraustourneen die katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands gegen die christliche Gewerkschaftsbewegung und ihre Führung aufgehetzt. Auch ein neues politisches System des christlichen Solidarismus hat er der Partei aufzudrücken versucht. Die Zentrumspresse, an ihrer Spitze die „Köln. Volksz.", hat bereits zu dieser der Zentrumspartei gefährlichen Politik Erzbergers Stellung genommen und eine Entscheidung der Parteileitung verlangt. So wird der Reichsausschuß der Zentrumspartei sich mit dem Parteischädling Erzberger beschäftigen. Der Reichskanzler Fehrenbach soll erklärt haben, daß er mit Erzberger niemals wieder an einem Tische sitzen würde. Die Spannung ist groß und man wird auf eine interessante Verhandlung zu rechnen haben. Bleibt die Frage bestehen, ob die Partei sich auch mit der Untersuchung beschäftigt, ob ein Mann, der in solcher Art sich als Spaltpilz in der eigenen Partei „bewährt", etwa auch dem Staat gefährlich sei. Man sollte eigentlich annehmen, daß der Reichsausschuß der Zentrumspartei auch dafür Verständnis hätte. Nach den bisherigen Erfahrungen ist leider damit zu rechnen, daß die Zentrumspartei sich damit begnügt, die ganze für sie bedauerliche Angelegenheit zu verkleistern und im übrigen den Staat, Staat sein läßt. Erzberger aber wird triumphieren. Jeder freche Lump darf sich heute alles erlauben. Eine freche Schnauze, die Wiederhall beim Pöbel zu wecken versteht, gilt alle heute vorhandenen „Träger der Staatsautorität" und nicht minder der Parteiautorität unfehlbar ins Mauseloch. Das deutsche Bürgertum ist heute eben nur eine große Jämmerlichkeit.

Deutscher Reichstag

Berlin, 22. Juni 1921.

Arbeitsminister **Braun** erklärt sich bereit, die Zentrumsinterpellation über das Grubenunglück auf der Zeche Mont Cenis in den ersten Tagen der nächsten Woche zu beantworten, nachdem die bereits eingeleiteten Untersuchungen des preußischen Handelsministeriums abgeschlossen sind. Der Minister knüpft daran den Ausdruck des Beileids für die Hinterbliebenen der Opfer.

Dann werden ohne Debatte die Novelle zur Reichsversicherungsordnung, das Gesetz über Abwickelung von Kriegsgesellschaften und das Fernsprechgebührengesetz verschiedenen Ausschüssen überwiesen.

Das Mietsteuergesetz wird hierauf debattelos in dritter Lesung nach den Beschlüssen der zweiten Beratung angenommen. — Die Gesamtabstimmung wird vertagt, weil es sich bei der Mietsteuer um eine Verfassungsänderung handelt, die nur mit Zweidrittelmehrheit beschlossen werden kann.

Der Gesetzentwurf über den Volksentscheid wird ohne wesentliche Debatte in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Bei der namentlichen Abstimmung über das im Anschluß an die gestrige Beamteninterpellation von den Deutschnationalen eingebrachte

Mißtrauensvotum gegen das Kabinett Dr. Wirth

geben die Deutschnationalen und Kommunisten weiße Zettel ab, stimmen also für das Mißtrauensvotum. Die Mitglieder der Deutschen Volkspartei geben blaue Zettel ab. (Stimmenthaltung.) Die übrigen Fraktionen stimmen mit roten Zetteln, also gegen den deutschnationalen Antrag. — Das Ergebnis der Abstimmung ist folgendes: Abgegeben sind gegen den Antrag, also für das Kabinett Wirth, 210 Stimmen, für den Antrag 67 Stimmen. Der Stimme enthalten haben sich 45 Abgeordnete. Der Antrag ist demnach abgelehnt.

Abg. **Pfeiffer** (Komm.) erklärt zu der Abstimmung, die Kommunisten hätten mit ihrer Zustimmung zum Mißtrauensvotum keineswegs die demagogische Parteiagitation der Deutschnationalen unterstützen wollen. (Gelächter rechts.)

Suchen Sie

einen Kutscher, einen Knecht, ein Dienstmädchen, eine Stütze, einen Inspektor usw., oder wollen Sie einen Wagen, einen Hund, einen Schrank usw. kaufen oder verkaufen, so inserieren Sie im Merseburger Tageblatt unter Inanspruchnahme der laufenden Bezugsquittung. Sie werden Erfolg haben.

Hierauf wird die Mietsteuer mit der erforderlichen Zweidrittelmehrheit gegen Unabhängige und Kommunisten angenommen.

Der Gesetzentwurf über die

Beschränkung des Luftfahrzeugbaues

wird in zweiter und dritter Lesung debattelos angenommen, dazu eine Entschließung, wonach die Industrie entschädigt werden soll.

Bei der dann folgenden zweiten Beratung des Gesetzes über den Staatsgerichtshof beantragt Abg. Radbruch (Soz.) eine Erweiterung der Zuständigkeit, damit auch die Bestrafung der Kriegsschuldigen möglich sei. — Der Antrag wird abgelehnt.

Abg. Gräf (Dn.) beantragt, der Staatsgerichtshof möge bei Anklagen gegen Reichspräsident, gegen Reichskanzler und Reichsminister nur aus Juristen zusammengesetzt werden.

Abg. Dr. **Rosenfeld** (U. S.) beantragt dagegen, daß die Beisitzer nur vom Reichstag gewählt werden. — Ein sozialdemokratischer Antrag will die Beisitzer zur Hälfte vom Reichstage, zur Hälfte vom Reichsrat wählen lassen.

Sämtliche Abänderungsanträge werden abgelehnt. Der Rest der Vorlage wird in der Ausschußfassung angenommen.

Der Antrag der Unabhängigen auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen der

Grubenkatastrophe in Mont Cenis

wird sofort verhandelt.

Abg. **Rosenmann** (U. S.) begründet kurz den Antrag. Abg. **Hué** (Soz.) unterstützt ihn. Die Untersuchung müsse durchaus unparteiisch, nicht aber von den Vertretern der Bergverwaltung geführt werden.

Abg. **Gothein** (Dem.): Auch wir wünschen restlose Aufklärung, aber die Mitglieder der Bergbehörden können nicht jetzt schon als Angeklagte betrachtet werden, die sich vor dem Untersuchungsausschuß verantworten sollen. Gegen die Annahme des Antrages bestehen große Bedenken. Er sollte bis zur Beratung der Interpellation zurückgestellt werden.

Abg. **Hué** (Soz.) widerspricht den Ausführungen des Abg. Gothein. Die Vertreter der Bergbehörden müßten vom Amt suspendiert werden, bis sie sich von dem Verdacht der Schuld an dem Unglück gereinigt haben. (Unruhe rechts.)

Abg. Dr. **Breitscheid** (U. S.) erläutert den Antrag seiner Freunde dahin, daß ein parlamentarischer Untersuchungsausschuß gebildet werden soll, wozu nach der Verfassung der Willensausdruck eines Fünftels der Abgeordneten genügt.

Abg. **Imbusch** (Ztr.) ist nicht gegen eine Untersuchungskommission, fürchtet aber, daß sie jetzt nach der Katastrophe nicht mehr viel Aufklärung schaffen könne.

Vizekanzler **Bauer** spricht im Namen der Reichsregierung den Hinterbliebenen der Opfer der Grubenkatastrophe sein Beileid aus. Zur Untersuchung der Ursachen werde sich die Reichsregierung mit der zuständigen preußischen Regierung in Verbindung setzen und Vertreter der Arbeiterschaft hinzuziehen.

Abg. **Winnefeld** (D. Vpt.): Ich habe nichts gegen einen Untersuchungsausschuß einzuwenden, aber er muß mit Sachund Fachleuten besetzt werden. Die Ursachen einer solchen Katastrophe können nur unmittelbar nach ihrem Eintritt festgestellt werden. Die kommunistischen Betriebsräte verletzten zum großen Teil ihre Pflicht gegen die Bergarbeiter und fahren nicht in die Gruben. Wir empfehlen den Antrag mit der Interpellation zu verknüpfen. (Abg. Pfeiffer ruft: Hausknecht von Stinnes! Er wird deswegen zur Ordnung gerufen.)

Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte stellt Präsident Löbe fest, daß der Antrag Rosenmann inzwischen die erforderliche Unterschriftenzahl gefunden habe, die Einsetzung des Untersuchungsausschusses also beschlossen sei. Der Ausschuß solle 14 Mitglieder zählen.

Nächste Sitzung: Donnerstag.

Politische Rundschau

Der englische Generalstaatsanwalt Pollock und die Leipziger Prozesse

In den „Leipz. N. N." schreibt Reichsgerichtsrat a. D. Wittmaack:

Nach Mitteilungen in der Presse hat der englische Generalstaatsanwalt Pollock in Veranlassung der Freisprechung des Kapitänleutnants a. D. Neumann durch das Reichsgericht geäußert: „Die Entscheidungen des Leipziger Gerichtshofes lägen nicht den Verlust der Rechte der Alliierten nach sich, die sich aus dem Friedensvertrag ergäben. Sobald die Prozesse vor dem Leipziger Gericht beendet seien würden die Alliierten beschließen müssen was zu tun sei."

Diese Erklärung ist unverständlich und es muß daher bezweifelt werden, ob sie wirklich in dieser Weise erfolgt ist. Daß die Entscheidungen des Reichsgerichts nicht den Verlust der Rechte der Alliierten nach sich ziehen, die ihnen aus dem Friedensvertrag zustehen, ist selbstverständlich. Solches könnte nur auf Grund eines Verzichts der Alliierten erfolgen, der nicht erklärt ist. Aber bei den jetzt zur Aburteilung lebenden Kriegsbeschuldigten die in der Liste vom 7. Mai 1920 aufgeführt sind, handelt es sich nicht um solche, auf die sich der Friedensvertrag bezieht. Es sind dies Fälle für welche die Gerichte der alliierten Staaten nicht zuständig sind und nicht zuständig werden können. Läge die Sache anders so könnte dem deutschen Gericht eine Unterstützung von den alliierten Regierungen in dem Strafverfahren nicht gewährt werden. Sie müssen die Kompetenz für ihre eigenen Gerichte in Anspruch nehmen und nach den Grundsätzen des internationalen Rechts eine solche Unterstützung ablehnen. (Bei meinen

Das Grandhotel Babylon.

Roman von Arnold Bennett.

(Nachdruck verboten.)

Nella versuchte sich aufzusetzen, doch spürte sie, daß sie es nicht konnte. Das Tuch, das sie bedeckte, abwerfend, entdeckte sie, daß sie mittelst eines Strickes an den Liegestuhl gebunden war. Sofort wurde sie wach und zornig; sie wußte, daß die Gefahr noch nicht vorüber war; sie fühlte, dies sei vielleicht erst der Anfang neuer Qualen. Ihre müßige Zufriedenheit, das träumerische Gefühl der Ruhe und des Friedens verschwanden mit einem Schlage, und sie stählte sich, um den Gefahren einer ernsten und abscheulichen Lage zu begegnen.

Gerade in diesem Augenblick kam ein Mann von unten herauf. Es war ein Mann von etwa vierzig Jahren, tadellos in Blau gekleidet, mit einer Bootsmannsmütze auf dem Kopfe. Er lüftete sie höflich.

„Guten Morgen", sagte er. „Nicht wahr, ein prächtiger Sonnenaufgang?"

Die kluge und berechnete Unverschämtheit seines Tones traf sie, die gebunden und wehrlos dalag, wie ein Peitschenhieb. Gleich allen Menschen, deren Leben glatt und sorglos in jenen schönen Regionen verlaufen ist, wo Gold jedes Hindernis beseitigt und das Gesetz mit fester Hand jede Ungehörigkeit unterdrückt, konnte sich nur schwer damit abfinden, daß es andere Regionen gab, wo Gold wertlos war und das Gesetz keine Gewalt hatte.

Vor vierundzwanzig Stunden hätte sie es für unmöglich erklärt, daß jemand ein solches Abenteuer erleben könne, wie sie es eben erlebte. Sie hätte hochtrabend für die Zivilisation und das neunzehnte Jahrhundert gesprochen, über modernen Fortschritt und die Polizei. Doch ihre neue Erfahrung lehrte sie, daß die menschliche Natur sich stets gleich bleibt und daß unter der dünnen Schichte der persönlichen Sicherheit, auf der wir guten Bürger leben, dunkle und geheime verbrecherische Kräfte bestehen, die sich immer noch regen und bewegen, wie sie es in den Tagen taten, als man nicht von einem Stadtteil zum anderen gehen konnte, ohne von Räubern überfallen zu werden. Ihr Abenteuer lehrte sie dies rascher und gründlicher erkennen, als wenn sie selbst in den Polizeibüros von Paris, London und Petersburg Studien gemacht hätte.

„Guten Morgen", wiederholte der Mann, und sie warf ihm einen unwilligen, bösen Blick zu.

„Sie!" rief sie. „Sie, Mr. Thomas Jackson, wenn das Ihr Name ist. Binden Sie mich von diesem Sessel los, und ich will mit Ihnen reden."

Ihre Augen blitzten, während sie sprach, und ihr Zorn trug noch viel zur Schönheit bei.

Mr. Thomas Jackson alias Jules, ehemaliger Oberkellner im Grandhotel Babylon, hielt sich für einen großen Kenner in Frauenschönheiten, und der Anblick von Nella Rackole war für ihn eine Augenweide.

„Mit Vergnügen", erwiderte er, „ich hatte vergessen, daß ich Sie an den Sessel gebunden hatte, um zu verhindern, daß Sie auf den Boden fallen." Mit einer raschen Bewegung löste er ihre Fesseln. Nella erhob sich, bebend vor Zorn und Empörung.

„Nun", sagte sie, sich ihm gegenüberstellend, „was soll das bedeuten?"

„Sie hatten das Bewußtsein verloren, vielleicht erinnern Sie sich nicht mehr daran" antwortete er gelassen.

Der Mann bot ihr mit einladender Handbewegung einen Klappstuhl an. Nella konnte es sich nicht verhehlen, daß er gute Manieren und eine vornehme Art hatte. Niemand hätte vermutet, er sei zwanzig Jahre lang Kellner in einem Hotel gewesen. Seine große, schlanke Gestalt, sein gewandtes, sorgloses Benehmen hatte etwas Aristokratisches, seine Stimme war ruhig, gedämpft und gebieterisch.

„Das hatte nichts damit zu tun, daß ich gewaltsam in Ihrer Yacht entführt werde."

„Die Yacht gehört nicht mir, doch das ist nebensächlich. Wichtiger ist, daß Sie mir gestatten, Sie zu erinnern, wie Sie vor wenigen Stunden eine Dame in meinem Hause mit einem Revolver bedroht haben."

„Es war also Ihr Haus?"

„Warum nicht? Darf ich kein Haus besitzen?" — Er lächelte.

„Ich muß Sie ersuchen, die Yacht augenblicklich umkehren zu lassen und mich zurückzubringen." — Sie versuchte mit Nachdruck und Festigkeit zu sprechen.

„Ah!" sagte er, „ich fürchte, das wird unmöglich sein. Ich ging nicht mit der Absicht in See, so bald wieder umzukehren." — Bei den letzten Worten ahmte er ihre Stimme nach.

„Wenn ich zurückkehre, wenn mein Vater diese Geschichte erfährt, wird es ein außerordentlich unangenehmer Tag für Sie werden, Mr. Thomas Jackson."

„Aber angenommen, Ihr Vater erfährt nichts davon?"

„Was?"

„Angenommen, Sie kehren nie zurück?"

„Beabsichtigen Sie also, meine Ermordung auf Ihr Gewissen zu nehmen?"

„Weil Sie von Ermorden sprechen, fällt mir ein, Sie waren sehr nahe daran, meine Freundin Miß Spencer zu ermorden. Wenigstens sagte sie es mir."

„Ist Miß Spencer an Bord?" fragte Nella; sie erblickte vielleicht in der möglichen Anwesenheit eines weiblichen Wesens einen schwachen Hoffnungsschimmer.

„Miß Spencer ist nicht an Bord. Außer Ihnen und mir und einige kleinen, ich darf wohl sagen sehr diskreten Mannschaft, ist kein Mensch an Bord."

„Ich will nichts mehr mit Ihnen zu tun haben. Gehen Sie Ihrer Wege!"

„Danke für die gütige Erlaubnis", sagte er, „ich werde Ihnen das Frühstück heraufbringen lassen."

Er ging zur Kajütentür und rief, worauf ein Negerjunge mit einem Tablett mit Schokolade erschien. Nella nahm es, und ohne einen Augenblick zu zögern, schleuderte sie es über Bord. Mr. Jackson entfernte sich einige Schritte und kehrte dann zurück.

„Sie haben ein Temperament, und ich bewundere Temperament. Es ist eine seltene Eigenschaft."

Sie schwieg.

„Warum haben Sie sich überhaupt in meine Angelegenheit eingemengt?" fuhr er fort.

Wieder antwortete sie nicht, doch die Frage ließ sie nachdenken: warum hatte sie sich wirklich in diese rätselhafte Angelegenheit eingemengt? Es stimmte gar nicht mit ihrem sonstigen heiteren Schmetterlingsdasein überein, sich mit ernsthaften Dingen zu befassen. Hatte sie nur in dem Verlangen eingegriffen, der Gerechtigkeit zu Hilfe zu kommen und das Böse zu bestrafen? Oder war es vielleicht der Wunsch, Sr. Hoheit dem Prinzen Aribert einen Dienst zu leisten?

„Es ist nicht meine Schuld, daß Sie in dieser Klemme sind", nahm Jules wieder das Wort. „Ich habe Sie nicht hereingelockt. Sie und Ihr Vater sind allzu stürmisch vorgegangen."

„Das bleibt abzuwarten", warf sie kühl ein.

(Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210623-12/fragment/page=0005

Artikel in der Tradition vom 9. 3. d. J. Jahrgang 3, Heft 2, S. 34 ff.)

Es ist daher nicht verständlich, welche Maßregeln die alliierten Regierungen in ihren Ländern treffen könnten, um diese Kriegsbeschuldigten zur Verantwortung zu ziehen. Die könnte nur auf Grund eines Ausnahmegesetzes erfolgen, welches mit den allgemein anerkannten Rechtsgrundsätzen in Widerspruch stehen würde. Daher ist es ausgeschlossen, daß ein solches Gesetz erlassen wird. Man darf nicht übersehen, daß in den hier in Betracht kommenden alliierten Ländern ein geordneter Rechtszustand, ebenso wie bei uns, vorhanden ist.

Staatsmann oder Parteimann?

Die scharfen Ausfälle Dr. Wirths gegen die Rechte bei der Besprechung der Gareis-Interpellation, die einen neuen Beweis für die bedenkliche Umwerbung der Unabhängigen gaben, haben sogar seine eigenen Leute peinlich berührt. So stellt sich die Zentrums-Parlamentskorrespondenz zu folgenden Bemerkungen veranlaßt:

Dr. Wirth wandte sich fast ausschließlich gegen die zermürbende Agitation der Rechten und ihrer Organe, die den Kampf nicht beschränken auf eine Ausbreitung ihrer Auffassungen mit den Waffen des Geistes unter Herausstellung ihrer politischen Ideen, sondern die ihn mit Absicht übertragen selbst auf die Personen, die ihre ganze Kraft einsetzen für das Wohl des Vaterlandes, noch dazu in einer Zeit, wo diese Aufgabe besonders schwer ist. Dr. Wirth hat diese Dinge mit aller Offenheit und Deutlichkeit gekennzeichnet. Dennoch aber möchten wir nicht verfehlen auch darauf hinzuweisen, daß eine gleiche Zurückweisung auch die Kreise der extremen Linken verdient hätten. Nicht nur die Uebertreibung des politischen Kampfes von seiten fanatischer Realpolitiker, sondern auch die systematische politische Brunnenvergiftung der linksradikalen Elemente muß geneidet werden.

Daß diese Rüge nicht in einer verschwiegenen Fraktionssitzung erteilt sondern ziemlich deutlich in die Oeffentlichkeit getragen wird läßt darauf schließen, daß es im Zentrum eine ganze Anzahl von Leuten gibt, die es für nötig halten, Herrn Wirth über den Unterschied zwischen Staatsmann und Parteimann zu belehren.

Das Verehelichungsrecht der bayrischen Lehrerinnen.

Der Reichsjustizminister gibt im Reichsgesetzblatt nunmehr die Entscheidung des Reichsgerichts bekannt, wonach das bayrische Verehelichungsverbot für Volksschullehrerinnen mit der Reichsverfassung nicht vereinbar ist. Die Entscheidung des Reichsgerichts hat infolgedessen Gesetzeskraft erlangt.

Wer verteuert das Brotgetreide?

Aus dem Saalekreis wird uns geschrieben:

Unwidersprochen ging kürzlich durch die Presse die Nachricht, daß in einem Rheinischen Kreise nicht weniger als 200 Beauftragte der Reichsgetreidestelle tätig seien. Nun auch in unserer Provinz können wir ein Lied von der „produktiven" Tätigkeit dieser zur Zeit mehr denn je ihr Haupt erhebenden Klubgesellschaft singen. In einem kleineren ländlichen Kreise sind zur Zeit rund 10 Beamte tätig. Nehmen wir an, daß jeder derselben ein Jahresgehalt von 24 000 Mark bezieht, so ergibt dies jährlich 240 000 M. Die Reisespesen sind pro Tag sicherlich auf 50 M zu berechnen = 15 500 Mark pro Jahr. Einer dieser Herren hat sich volle 8 Tage bei einer Futtermittelhandlung aufgehalten und sich damit veranlaßt, den Händler das gesamte dort lagernde Getreide — rund 20 000 Zentner — sacken und wieder einfacken zu lassen: wohl bemerkt ohne daß der geringste Verdacht gegen den Müller vorlag. Die Arbeitskräfte sind ja auch so billig, und wir Deutschen haben so viel Zeit, um dem heiligen Bürokratismus eine Freude zu machen. In den 8 Tagen hat der Getreideschnüffler keinerlei Verstoß feststellen können! Mit wahrhafter Befriedigung stellt der Landwirt fest, daß es den Staat und den Steuerzahlern 4900 M gekostet hat, um diese beruhigende Feststellung zu machen. Fährt nur so fort, verehrte Reichsgetreidestelle, und es wird nicht mehr lange dauern, bis auch der letzte Tor in den Städten erkannt haben wird, wer eigentlich das Brot verteuert.

* * *

Der Prozeß gegen Hölz.

Ein aufregender Zwischenfall.

Berlin, 22. Juni 1921.

In der Verhandlung gegen Hölz kam es heute zu Sturmszenen, wie sie selbst in diesem Prozeß nicht dagewesen sind. Die unendliche Geduld, die der Vorsitzende während der ganzen Dauer des Prozesses an den Tag gelegt hat, scheint nunmehr erschöpft. Der Vorsitzende ist offenbar nicht mehr gewillt, die maßlosen Provozierungen von seiten des Angeklagten sich länger gefallen zu lassen.

Zu Beginn der heutigen Sitzung stellte die Verteidigung den Antrag, Kriminalinspektor Dr. Kopp über die Bewertung der Aussagen der Frau Heß zu vernehmen. Die beiden aus Magdeburg noch geladenen Sipobeamten, die ebenfalls von den Hölz-Banden gefangen waren, bestätigen im allgemeinen die Aussagen ihrer bereits vernommenen Kameraden und schildern ihre Erlebnisse während der Gefangenschaft so, wie es ihre Vorzeugen getan haben. Insbesondere berichten auch sie über schwere Mißhandlungen, die sie zu erleiden gehabt haben.

Es folgt dann die Beratung über den Antrag der Verteidigung. Nach ihrem Abschluß verkündet der Vorsitzende, daß der Antrag, den Kriminalinspektor Kopp als Zeugen zu vernehmen, abgelehnt wird.

Hölz (unterbrechend): Natürlich, damit der Schwindel nicht herauskommt! Sie Blutrichter! Ihr Brüder habt ja bloß Angst!

Vorsitzender (in heftiger Erregung): Ruhe! Wenn Sie sich nicht endlich anständig benehmen, dann lasse ich Sie fesseln.

Hölz (hält die Hände hin): Dann tun Sie das hier. Lassen Sie mich fesseln und befestigen Sie auch gleich den Scharfrichter.

Die Verteidiger protestieren gegen die Ablehnung ihres Antrages und machen darüber allerlei Ausführungen. Der Staatsanwalt bemerkt, es sei doch nicht angängig, daß ein Kriminalkommissar, also ein Organ der Staatsanwaltschaft, hier als Sachverständiger vernommen und gewissermaßen in die Lage versetzt wird, über seine Vorgesetzten ein Urteil abzugeben.

Angeklagter Hölz (brüllend): Es lebe das revolutionäre Proletariat!

Vorsitzender (mit sehr lauter Stimme den Angeklagten noch übertönend): Halten Sie den Mund! Führen Sie den Angeklagten ab, ruft der Vorsitzende dann den neben der Anklagebank postierten Schutzbeamten zu. Sie wollen den sich kräftigenden Angeklagten nach dem Gefängnisgang im Hintergrund der Anklagebank bringen. Da springen plötzlich die Verteidiger von ihren Sitzen auf. Einer von ihnen ruft:

Jetzt wird er mißhandelt! Jetzt geht's los!

Mit fliegenden Roben stürmen sie außerdem hinter den Polizeibeamten her nach dem Gefängnis. Auch der Staatsanwalt schließt sich an. Unter allgemeiner Aufregung wird der Verhandlungssaal dann geräumt.

Es tritt eine Pause von einer Stunde ein. Während dieser soll der bereits vernommene Schießsachverständige Büchsenmacher Bock noch einmal geladen und dann in der Verhandlung vernommen werden.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung sagt der Vorsitzende zum Angeklagten: „Ich mache den Angeklagten im Anschluß an die vorherige Szene darauf aufmerksam, daß das Gericht, wenn der Angeklagte weiter fortfahren sollte, sich ungebührlich zu betragen und die Würde des Gerichts zu verletzen, beschlossen hat, ihn endgültig abführen zu lassen, so daß er auch nicht das letzte Wort mehr bekäme. Dann ist das Gericht auf Grund des § 230 Absatz 2 der Strafprozeßordnung und auf Grund einer Entscheidung des Reichsgerichts berechtigt.

Angekl. Hölz: Dazu habe ich folgendes zu sagen: Ich habe schon am ersten Tage erklärt, daß ich das Gericht nicht anerkenne und mich auch nicht als Angeklagter, sondern als Kläger betrachte. Wenn das Gericht mich abführen läßt, kann es das nur weil es nach dem Grundsatz handelt, wer die Macht hat, hat das Recht. — Vors.: Wir handeln nur nach dem Gesetz. — Justizrat Broh: Der Angeklagte möchte noch eine andere Erklärung abgeben.

Es meldet sich der Schießsachverständige, Hofbüchsenmacher Barella, der in der letzten Sitzung am Erscheinen behindert und an dessen Stelle Hofbüchsenmacher Bock vernommen worden war. Da der Sachverständige sich erst aus den Akten informieren muß, tritt eine neue Pause ein, während der Hölz ins Gefängnis zum Mittagessen auf seinen Wunsch abgeführt wird.

Das Gutachten der Sachverständigen.

Nach der Pause erstattete der Sachverständige Barella sein Gutachten. Er erklärte, nach dem vorliegenden Protokoll glaubte er nicht, verantworten zu können, daß Heß durch Gewehr- oder Revolverkugeln getötet worden sei. Wenn an dem Körper des Erschossenen zackige Einschußöffnungen aufgefunden worden seien so könne das nur für Pistolenschüsse sprechen, denn die mit größerer Geschwindigkeit einschlagenden Infanteriegeschosse verursachten im allgemeinen einen glatten Einschuß. Immerhin lasse sich diese Frage nicht genau beweisen.

Hölz: Wenn wir wirklich Dumdum-Geschosse gebraucht haben, dann sind diese doch von der Schupo angefertigt worden, denn wir haben ja nur Munition verschossen, die wir von der Schupo in Gröbers beschlagnahmt haben.

Zeuge Wachtmeister Franke: Dumdum-Geschosse haben wir zu Hunderten im Leunawerk gefunden, wo sie teilweise noch im Schraubstock saßen. Die Spitzen waren abgefeilt.

Hierauf wurde die Beweisaufnahme geschlossen, und Staatsanwalt Dr. Jäger ergriff das Wort zu seinem Schlußvortrag. Darauf hielten die Verteidiger ihre Plädoyers, in denen sie sich vor allem gegen die Anklage des Mordes an dem Gutsbesitzer Heß wenden. In seinem Schlußwort erhebt Hölz wiederum maßlose Angriffe gegen das Gericht und die bürgerliche Gesellschaft, ohne dabei irgend etwas Neues vorzutragen.

Den Antrag des Staatsanwalts und das Urteil finden unsere Leser auf der 1. Seite der heutigen Nummer.

Aus Provinz und Reich

Frostschäden im Schwarzwald.

† Freyberg, 23. Juni. In den verschiedenen Gegenden des Schwarzwaldes sind durch Nachtfröste am Sonnabend und Sonntag vielfach die Bohnen- und Kartoffelkeller erfroren. Im Hochgebirge gab es starke Kälte und Schneegestöber. Auch im Mäsengebirge hat es in der vergangenen Nacht bei einer Temperatur von 2 Grad Kälte stark geschneit.

Den Wanderfreund ermordet.

† Offenbach, 23. Juni. In der Nähe von Offenbach hat der 25 Jahre alte landwirtschaftliche Arbeiter Julius Hovab ein Gastzier, seinen Freund, den 21 Jahre alten Arbeiter Pein aus Offenbach, mit dem er zusammen auf die Wanderschaft gehen wollte, ermordet. Die Tat erfolgte zur Nachtzeit im Walde zwischen Hanau und Offenbach, in dem beide nächtigen wollten.

Der Streik in der Schichau-Werft.

† Königsberg, 22. Juni. Wie die „Elbinger Zeitung" mitteilt, haben die Schichau-Betriebe am Montag die Arbeit wieder aufgenommen. Von den angeforderten 1000 Arbeitern haben nur etwa 600 die Streikposten der Ausständischen passieren können, um an die Arbeitsstelle zu kommen.

Aussperrung in einer Offenbacher Lederwarenfabrik.

† Frankfurt a. M., 22. Juni. Die Lederwarenfabrik Rudolf Cohn in Offenbach hat 250 Arbeiter und Arbeiterinnen ausgesperrt, weil sie wegen Lohndifferenzen passive Resistenz geübt hatten. In einer Versammlung der Vertrauensleute und Betriebsräte des Sattlerverbandes wurde eine Resolution gefaßt, die das Vorgehen der Fabrik als eine Verletzung des Tarifvertrages hinstellt.

Turnen, Spiel und Sport

Das Fußballwettspiel zu Gunsten der Kriegsgefangenen.

Am gestrigen Abend hatte — und das ist im Anbetracht des guten Zweckes nur sehr zu bedauern — eine ganz stattliche Zuschauermenge nach dem Angarten gelockt, die gewiß nicht enttäuscht den Platz verlassen haben wird, vor allem in Bezug auf die Leistungen unserer Merseburger „Gefangenenmannschaft". Die Mannschaft der Hiesigen hatte in letzter Stunde noch verschiedene Aenderungen erfahren, gleichwohl hatte man angesichts der eifrigen und verständnisvollen Spielweise nicht den Eindruck einer zum ersten Mal zusammenspielenden Auswahlelf. Jeder Spieler füllte seinen Posten zur Zufriedenheit aus besonders hervorzuheben ist im Sturm die rechte Seite Richter (Germ.) — Rost (VfL-Liga) die wirksam unterstützt von Grahmann (99) einen sehr gefährlichen Flügel bildete. Auch die Hintermannschaft, besonders Schenk (VfL-Liga) und Schmidt (99) leisteten gute Abwehrarbeit, aufopfernd spielte Merger (Preußen) als Mittelläufer, technisch und taktisch aus spielte ebenfalls Traumann (99). Der Gegner, die Ligareservemannschaft des VfB 90 vermochte trotz der 3:0-Niederlage das Spiel stets offen zu halten. Hier konnte vor allem im Sturm die Kunentrio gefallen.

Zum Spielverlauf ist folgendes zu bemerken: Merseburg geht nach etwa 10 Minuten durch Günther (Germ.) mit feinplaziertem Schuß in Führung, kurz vor Halbzeit schießt Stöckel (Germ.) den zweiten Treffer aus einem Gedränge vor dem Tore ein. Nach der Pause in der vor versammelter Mannschaft und Publikum eine Protestresolution gegen die Zurückhaltung unserer Kriegsgefangenen in Avianon durch den Vorsitzenden der hiesigen Ortsgruppe der Kriegsgefangenen zur Verlesung und Annahme gebracht wurde, drückte Halle zunächst etwas, doch bald liegt Merseburg wieder im Angriff, besonders der rechte Flügel geht immer wieder durch. Etwa 10 Minuten vor Schluß kann Günther (Germ.) durch energisches Nachsetzen den dritten Treffer mit schönem Kopfball erzielen. So endet das flotte und stets fair durchgeführte Treffen mit einem 3:0 Siege der hiesigen. Hoffentlich steht der finanzielle Erfolg dem sportlichen in Nichts nach.

Verantwortliche Redaktion: Politik, Oertl. und prov. Teil: Dr. Hahlo. — Sport: M. Hochheimer. — Anzeigen: H. Balk. Druck- und Verlag: Merseburger Druck- und Verlagsanstalt L. Balk, sämtlich in Merseburg.

Die heutige Nummer umfaßt 10 Seiten.

Fürsorgestelle für den Stadtkreis Merseburg.

Am 1. Juli ds. Js. scheidet die Stadt Merseburg aus dem Bezirk der bisherigen Fürsorgestelle des Landkreises Merseburg aus und bildet eine eigene Fürsorgestelle für den Bereich des hiesigen Stadtkreises. Kriegshinterbliebene und Kriegsbeschädigte wollen sich von diesem Zeitpunkt an mit ihren Anträgen an unsere Fürsorgestelle (Neues Rathaus) 1. Stock wenden.

Merseburg, den 22. Juni 1921.

IV. 968/21. Der Magistrat.

Freiwillige Auktion

Montag, den 27. ds. Mts., vormittags 10 Uhr

werde ich im Grundstück Große Ritterstraße 5, hier, im freiw. Auftrage des Kreis-Bauamtes gebrauchtes, noch gut erhaltenes Baumaterial, zur Verwendung bei Neubauten geeignet, öffentlich meistbietend gegen bar versteigern als:

9 Fenster, 2,60×1,30, — 3 Fensterflügel, 3,30×0,69, — 13 Fensterflügel, 2,84×0,65, — 3 Rundbogenfenster, 2×1,55, 1,93×1,35, — 10 Kellerfenster, 1,00×0,67, 0,90×0,63, 0,88×0,26, — 4 Oberlichtfenster, 1,32×0,68, 0,72×0,54, 1,80×0,62, — 1 Rundbogen-Oberlichtfenster, 1,77×1,06, — 3 Haustüren, 2 stäglich 2,18×1,18, 2,58×1,30, 2,19×1,48, — mehr Fensterläden, 2 Trennungswände, 4 lfde. Meter Gesimsleisten, 2 Treppenhandläufer mit Traillen und Säulen, 1 kupferner Badeofen mit Brause, 4 Ausgußbecken, 12 Gasglasschirme, 1 eiserne Gartentür 1,30×1,00, 2 eis. Fensterritter, 2 Balken 4,40 lg., 26×28 Durchm. und 2,50 lg., 21×27 Durchm, sowie mehr Lampen, Fensterschalousien, 1,70 Meter lang. Zinkrohr u. 1 Partie altes Eisen.

Besichtigung ab 9 Uhr.

Albert Franke, beeid. Auktionator und Taxator.

Freiwillige Versteigerung

Sonnabend, den 25. Juni 1921,
vormittags 10 Uhr
versteigere ich
in Schafstädt, Langestraße Nr. 61,

im freiwilligen Auftrage wegen Aufgabe des Fuhrgeschäfts öffentlich meistbietend gegen bar:

3 schwere Arbeitspferde, 1 Zuchtbullen (ca. 4 Ztr. schwer), 2 Schweine (ca. 3 Ztr. schwer), 2 weiße Zugböcke, 1 Ziegenbock, 1 Schaf, 25 Hühner, 7 Gänse, 4 Enten, 1 Krümmer, 1 Ackerscheppe, 1 Lastschlitten, 1 Rennschlitten, 2 eiserne Eggen, 1 Rübenschneidemaschine, 1 Rollwagen für zirka 100 Ztr. Tragf., 1 4ᵉʳ Kastenwagen für ca. 100 Ztr. Tragf., je 1 2¼ und 2ᵉʳ Kastenwagen, 2 Breschwagen, 1 fast neuer Breakwagen (6 sitzig) 2 Kutschgeschirre, mehrere Kummete und sonstige Gegenstände 1 Drillmaschine mit Kleewelle 1 Grasmäher mit zwei Messern, 1 Ringelwalze, 1 Pflug, 1 Schleppharke, 1 Kartoffelmarkeux, 1 Dreischaar, 1 Häufelpflug.

Die Gegenstände sind in gutem Zustande.

Oswald Werner,
öffentlich angestellter beeidigter Versteigerer,
Schafstädt, Kreis Merseburg. — Tel. Nr. 45.

Große Nachlaß-Auktion.

Sonnabend, den 25. Juni ds. Js. vormittags 10 Uhr werde ich im „Gasthaus zur Funkenburg", hier, die compl. in gutem Zustande befindliche Wohnungseinrichtung aus dem Nachlaß der verstorbenen Frau Wwe. Köthe, hier, öffentlich meistbietend gegen Barzahlung versteigern, als:

1 Mahagonischreibtisch, 1 Plüschgarnitur (Sofa, 2 Sessel, Sofatisch mit Plüschdecke), 1 Kleiderschrank, 1 Polsterlehnstuhl, 1 gr. Spiegel mit Konsole, 3 Rohrstühle (alles in Nußbaum); 1 gr. 2türiger Kleiderschrank, 2 Kommoden (Nußbaum), 2 Tische, 8 Rohrstühle, 1 Liege- und 1 Lehnstuhl, 1 Nähtisch, 1 Nähmaschine, 1 Chaiselongue mit Decke, 1 Regulator, 1 Wanduhr, mehr. Spiegel; 1 Bettstelle (Nußbaum) m. Matr. u. Federbetten 2 and. Bettstellen mit Matr., 3 Bettvorleger, 2 Auflegematratzen, 1 eiserne Feldbettstelle, 1 Waschtisch mit Marmorplatte, 2 Nachtschränkchen; 1 compl. Kücheneinrichtung (Schrank, Tisch, Stuhl, Regale, Kohlenkasten und Geschirr); ferner: 1 1 Hängelampe für Gas, Garderobenhalter, Konsole, mehr. gute Bilder, Standflauren, 1 Truhe, 1 Tafelwage, Backmulden, 1 Gaskocher; 1 Handwagen, Leitern, Gartenbänke, Wannen und Fässer und andere Wirtschaftsgeräte sowie gold. Damen- und Herrenuhr, Nadeln, Herren- und Damenwäsche u. Kleidungsstücke, div. Porzellan- und Glasachen (Töpfe, Gläser, Nippes) und ca. 60 Stck. Hühner.

Ferner im freiwilligen Auftrage:

1 mod. Buffet, 1 Kredenz in Eiche, 1 Plüschgarnitur (Sofa mit Umbau, 2 Sessel, Sofatisch, Salonschrank, sämtl. in Nußbaum),

Besichtigung ab 9 Uhr.

Albert Franke,
beeid. Auktionator.

Ein schwarzer
Kaninchenbock
und eine echte
Riesenzuchtscheche
(vorzügliche Mutter) zu verkaufen
Hälterstraße 4.

Weiße
Riesenhäsin
zu verkaufen.
August Biermann,
Schmalestr. 14.

Bettnässen Beseitigung sofort. Alter und Geschlecht angeb. Ausk. umsonst. Hofmann Fürth in Bayern Weiherstr. 8.

Geld erhalten, solv. Leute jeden Standes von 100—30000 Mark durch OttoLudekus, DresdenA/2 Wilsdrufferstraße 27. Anfragen Marken beilegen.

Inserieren bringt Gewinn.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-34683220919210623-12/fragment/page=0006